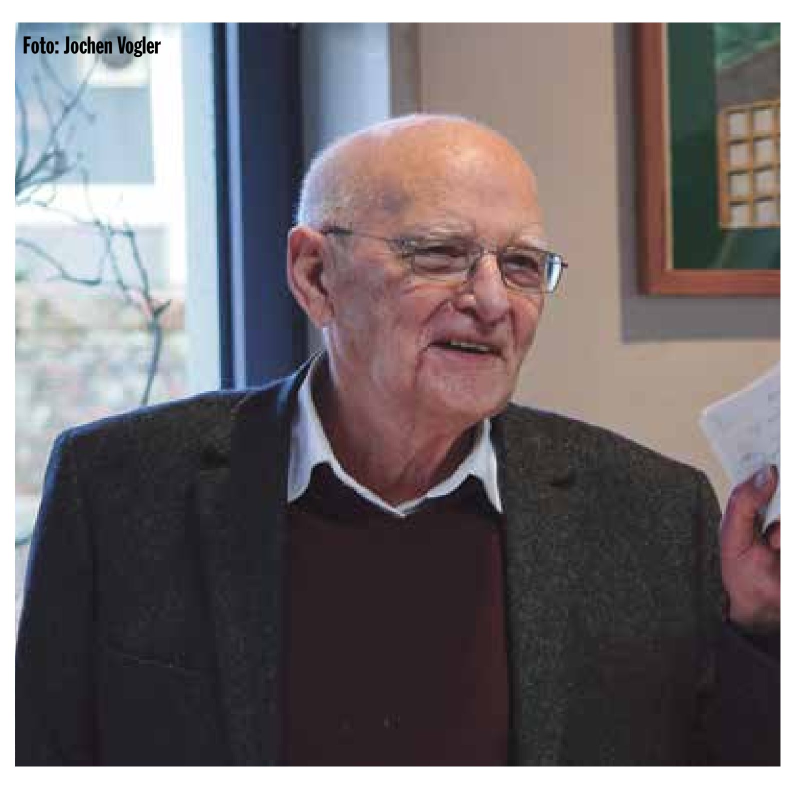
Die VVN-BdA nimmt Abschied von Prof. Kurt Pätzold

Wir müssen Abschied nehmen von einem großen antifaschistischen Geschichtswissenschaftler, Prof. Dr. Kurt Pätzold. Im Alter von 86 Jahren starb er am 18. August 2016.


Foto: Jochen Vogler

Geboren am 3. Mai 1930 in Breslau, erlebte er als Kind und Jugendlicher die faschistische Herrschaft, aber auch die Folgen des Krieges für die eigene Bevölkerung. Mit seiner Familie kam er 1945 nach Thüringen, wo er mit Antifaschisten in Kontakt kam und sich für einen antifaschistisch-demokratischen Neuanfang engagierte.

An der Friedrich-Schiller-Universität Jena beschäftigte er sich intensiv mit dem Thema Faschismus und Verantwortung der Konzerne, bevor er sich an der Humboldt-Universität Berlin mit dem Thema »Antisemitismus und Judenverfolgung (Januar 1933 bis August 1935). Eine Studie zur politischen Strategie und Taktik des faschistischen deutschen Imperialismus« habilitierte. Dieses Thema und die Geschichte der NSDAP und ihrer Repräsentanten begleiteten ihn als Wissenschaftler bis zu seinem Tode. Als Inhaber des Lehrstuhls für deutsche Geschichte wurde er jedoch im Zuge der Abwicklung der Sektion Geschichte 1992 entlassen.

Wir haben Kurt Pätzold in den vergangenen Jahrzehnten nicht nur als Wissenschaftler, sondern als engagierten Mitstreiter in den geschichtspolitischen Auseinandersetzungen erleben können.

Er mischte sich ein in die Goldhagen-Debatte, kämpfte als Wissenschaftler gegen die Denunziation der überlebenden Buchenwald-Häftlinge durch die Veröffentlichung von Niethammer/Wannemacher »Die roten Kapos«. In der Debatte um die Ausstellung »Vernichtungskrieg« und den »Fall Barbarossa« zeigte er die Verdrängungen bundesdeutscher Geschichtssicht auf.

Wir haben Kurt Pätzold als Gesprächspartner, als Referent auf Kongressen und bei Veranstaltungen erlebt. Dort wurde er für seine wissenschaftlichen, aber auch klaren politischen Perspektiven geschätzt. Trotz zunehmend deutlicher Erkrankung war er bis in die letzten Tage seines Lebens von einer enormen Schaffenskraft geprägt.

Kurt Pätzold hat als Geschichtswissenschaftler der linken und antifaschistischen Bewegung einen enormen Fundus an Wissen und Erkenntnissen zur Verfügung gestellt. Als politischer Mensch hat er sich als Teil der fortschrittlichen Bewegung gesehen und sich vielfältig und engagiert an den kritischen Debatten über das Scheitern der DDR und der anderen sozialistischen Staaten beteiligt. Seine Stimme wird uns allen von nun an fehlen.

Für die VVN-BdA,
Ulrich Schneider, Bundessprecher



Ravensbrück in Hessen

Es ist das Anliegen der Lagergemeinschaft Ravensbrück Freundeskreis, die Erinnerung an die Frauen aus Ravensbrück in alle Teile unseres Landes zu tragen.

Nicht zuletzt deportierten die Nazis auch aus vielen Städten des damaligen Deutschen Reiches. Zu Jahrestagungen treffen wir uns deshalb an unterschiedlichen Orten, die mit der Geschichte der Haft der Frauen verbunden sind.
In diesem Jahr wollen wir Ende September eine solche Zusammenkunft in Naumburg bei Kassel durchführen und uns dort mit Mitgliedern unserer Gemeinschaft und anderen Interessierten treffen. Dort besuchen wir zum einen die Gedenkstätte Breitenau, von wo mehr als 700 Frauen nach Ravensbrück verschleppt wurden. Zum anderen begeben wir uns zum Internationalen Roten Kreuz in Bad Arolsen, wo viele Dokumente auch zu Ravensbrück bewahrt sind. Viele neue interessante Informationen über den Schicksalskampf ehemaliger Häftlingsfrauen werden vorgestellt.

In die Öffentlichkeit werden wir mit der Ausstellung des Studienkreises Deutscher Widerstand »Nichts war vergeblich – Frauen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus« gehen, Diskussionen führen, um eine weitere Aufklärung über die Leistungen mutiger Frauen in der NS-Zeit fortzusetzen.

Immer waren wir für diese Arbeit auf Spenden angewiesen. In diesem Jahr ist es schwieriger als früher. Deshalb wenden wir uns an die Leser der Zeitung antifa. Wer in der Lage ist, selbst zu spenden oder einen anderen Spender aufzutun, bitten wir herzlich um Unterstützung.

Das Konto der Lagergemeinschaft Ravensbrück Freundeskreis ist:
GLS Bank, IBAN DE47 4306 0967 1159 2881 00, BIC GENODEM1GLS. Verwendungszweck: Jahrestagung
Interessenten an diesem Projekt wenden sich an Bärbel Schindler-Saefkow (saefkow-berlin@t-online.de) oder Annemarie Müller (Annemarie.M2@gmx.net).

Inhaltsverzeichnis

Zur Mitgliederentwicklung 2015

Zum Stichtag 31.12.2015 hatte die VVN-BdA bundesweit noch etwas mehr als 6.000 Mitglieder. Genauer lässt es sich nicht sagen, da aus der Landesvereinigung Brandenburg für den Berichtszeitraum keine Daten vorliegen, was bei allen folgenden Zahlen zu berücksichtigen ist.

Die Gesamtmitgliederzahl ging 2015 um 130 zurück. Das ist eine verhältnismäßig kleine Zahl, hinter der sich aber deutlichere Entwicklungen verbergen. Gesamtverlusten von 376 standen 246 Neuaufnahmen gegenüber. Das sind Zahlen, die ganz ähnlich auch in den vorhergehenden fünf Jahren festzustellen waren. Größte Brutto-Verluste hatten Sachsen (57), Berlin (57), Nordrhein-Westfalen (54) und Baden-Württemberg (54), die größten Brutto-Zugänge Nordrhein-Westfalen (50) und Bayern (47). Gar keine Zugänge wurden aus Bremen, dem Saarland und Rheinland-Pfalz gemeldet.

Die größten Netto-Verluste hatten Baden-Württemberg (-37), Sachsen (-36) und Berlin (-30). Im Plus lagen Sachsen-Anhalt (+1), Schleswig-Holstein (+9) und Bayern (+20). In der Reihenfolge der größten Landesverbände liegen nach wie vor Baden-Württemberg (1084) und Nordrhein-Westfalen (948) vorne, jetzt aber gefolgt von Bayern (727) statt Berlin.

Gemeldet wurde, dass bei einigen Verbänden der Tod nicht mehr die Hauptursache für Verluste ist. Dies gilt für Bayern, Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern. Eine auffallende Verschlechterung ist für Rheinland-Pfalz festzustellen, wo durch eine kritische Karteidurchsicht die Mitgliederzuwächse mehrerer Jahre egalisiert wurden. Vom »Gedenkjahr 2015« konnte unser Verband nicht wesentlich profitieren. Hingegen machte sich, um einen Ausblick vorzunehmen, die scharfe politische Kontroverse um das Thema »Querfront« Anfang 2016 durch wenige Austritte und zahlreiche Eintritte bemerkbar.

Die Verschiebung zum Eintritt über das Online-Formular hat sich fortgesetzt. Mittlerweile nutzt jedes zweite neue Mitglied diesen Weg. Die im Grunde hohen Eintrittszahlen von über 200 pro Jahr reichen nicht, um die Verluste auszugleichen. Sollte sich nichts ändern, wird unser Verband in 2016 auf unter 6.000 Mitglieder und in sieben oder acht Jahren auf unter 5.000 Mitglieder schrumpfen. ***Thomas Willms***

Bundesweite Großdemonstrationen

Stop CETA und TTIP!

Ein breites Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen, darunter Gewerkschaften, Jugend-, Umwelt- und Naturschutzorganisationen, demokratische Initiativen und Wohlfahrtsverbände – ruft unter dem Motto »CETA und TTIP stoppen! Für einen gerechten Welthandel! Jetzt wird entschieden!« für den 17. September zu Großdemonstrationen in sieben bundesdeutschen Metropolen – Berlin, Frankfurt/Main, Hamburg, Köln, Leipzig, München, Stuttgart – auf.

In dem Aufruf heißt es: »CETA und TTIP, die Abkommen der EU mit Kanada und den USA, drohen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu untergraben. Im Herbst geht diese Auseinandersetzung in die heiße Phase: EU und USA drücken aufs Tempo und wollen TTIP bis zum Jahresende fertig verhandeln. CETA ist bereits fertig verhandelt. EU-Kommission und Bundesregierung wollen, dass das Abkommen beim EU-Kanada-Gipfel im Oktober offiziell unterzeichnet wird. Zuvor müssen sowohl der EU-Ministerrat als auch die Bundesregierung entscheiden, ob sie CETA stoppen. CETA dient als Blaupause für TTIP. Schon mit CETA könnten Großunternehmen über kanadische Tochtergesellschaften EU-Mitgliedsstaaten verklagen, wenn neue Gesetze ihre Profite schmälern.

Kurz vor diesen Entscheidungen tragen wir unseren Protest gegen CETA und TTIP auf die Straße! Getragen von einem breiten Bündnis demonstrieren wir mit weit über hunderttausend Menschen am Samstag, den 17. September, in sieben Städten... Damit fordern wir auch die Landesregierungen auf, im Bundesrat CETA und TTIP nicht zuzustimmen.

Wir sind Teil einer transnationalen Bewegung

Auf beiden Seiten des Atlantiks streiten wir zusammen mit unseren Freund/innen und Partner/innen in Kanada und USA gegen Abkommen, die vor allem mächtigen wirtschaftlichen Interessengruppen dienen und somit das Ungleichgewicht zwischen Gemeinwohl- und Wirtschaftsinteressen festschreiben. Hier wie dort treten wir für eine gerechte Handels- und Investitionspolitik ein, die auf hohen ökologischen und sozialen Standards beruht und nachhaltige Entwicklung in allen Ländern fördert. Sie muss insbesondere

- Demokratie und Rechtsstaat fördern sowie die Gestaltungsmöglichkeiten von Staaten, Ländern und Kommunen für die Zukunft sichern,
- nationale wie internationale Standards zum Schutz von Mensch, Umwelt und guter Arbeit stärken sowie
- die Entwicklung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung fördern.«

Das Bündnis betont ausdrücklich: »Wir treten ein für eine solidarische Welt, in der Vielfalt eine Stärke ist. Auf unseren Demonstrationen gibt es keinen Platz für Rassismus, Rechtspopulismus und Antiamerikanismus.«

Infos: www.ttip-demo.de

Ausstellung über Migration, Flucht und Vertreibung im Dresdener Verkehrsmuseum

Treffen mit Josef Salomonovic in Dresden

Im Juni 2016 gab es ein Wiedersehen mit »unserem« Zeitzeugen Josef Salomonovic, ehemaliger Häftling des KZ Flossenbürg, Außenlager Pirna-Mockethal-Zatzschke, dessen Schicksal in der neuen Ausstellung »Migration. (Aus-)Wanderung, Flucht und Vertreibung in Geschichte und Gegenwart« im Verkehrsmuseum Dresden ein eigener Abschnitt gewidmet ist, und seiner Ehefrau Elisabeth.

Zur Ausstellungseröffnung am 15. Juni 2016 waren beide eingeladen und gern gekommen. Bernd Anger, Vorsitzender des VVN-BdA-Kreisverbandes Sächsische Schweiz und Christine Anger, Beirätin für Soziales, Kultur und Sport im Stadtrat zu Pirna, freuten sich über die erneute Begegnung.

Derzeit leben weltweit etwa 175 Millionen Menschen außerhalb ihres Herkunftsorts. Aber seit jeher wandern Menschen, erzwungen oder freiwillig. Was dabei leicht in Vergessenheit gerät: Hinter den Statistiken und anonymen Zahlen zu Migrationsbewegungen stehen Menschen mit unterschiedlichen Biografien und Beweggründen.

Die Ausstellung geht der Frage nach, was Menschen in Vergangenheit und Gegenwart dazu bewegt, die Heimat zu verlassen. Sie präsentiert Beispiele von Einzelschicksalen seit dem 18. Jahrhundert bis in die Gegenwart. Frauen und Männer, die ihre Heimat verlassen haben, kommen selbst zu Wort und erzählen von sich und ihren Gründen, nach Deutschland zu kommen oder Deutschland zu verlassen. Denn die Bedeutung von Flucht, Vertreibung und Auswanderung wird erst dann begreifbar, wenn man sich die persönlichen Erfahrungen, Lebensgeschichten und Schicksale vergegenwärtigt. Daten und Zahlen allein werden dem Thema nicht gerecht.

Die Ausstellung ist noch bis zum 30. Dezember 2016 geöffnet. Wir empfehlen ausdrücklich ihren Besuch.

Während unseres Treffens gab es auch ein angeregtes Gespräch beim Oberbürgermeister von Dresden, Dirk Hilbert, dem Dr. Johannes Schulz, Mitarbeiter für historisch-politische Bildung im Geschäftsbereich Kultur der Landeshauptstadt, beiwohnte. Josef Salomonovic war es ein Bedürfnis, ein vertiefendes Gespräch zum Agieren und Wirken von Zeitzeugen über Ländergrenzen hinweg zu führen.

Josef Salomonovic

Den Abschluss unserer Begegnung mit Josef und Elisabeth Salomonovic bildete ein Besuch in der ehemaligen Munitionsfabrik, die sich während des Zweiten Weltkrieges in den Kellerräumen der heutigen f6 Cigarettenfabrik Dresden GmbH in der Schandauer Straße befand. Hier gingen wir durch die Räume, in denen Josef, sein Bruder Michael und ihre Mutter als Häftlinge der Außenstelle des KZ Flossenbürg interniert waren und schuften mussten.

Wir freuen uns auf weitere Treffen und sind ein ganz klein wenig näher an Dresden herangerückt.

Christine und Bernd Anger, Pirna

AG zweite/dritte Generation

»Wir haben noch etwas zu sagen«

Mit der Bildung der »Arbeitsgruppe zweite/dritte Generation« 2013 im Landesverband Sachsen haben wir uns die Aufgabe gestellt, das Vermächtnis der naziverfolgten Zeitzeugen und -zeuginnen, also unserer Eltern und Großeltern, aus unserer Sicht dazustellen.

Wir wussten, was wir wollten, nur über das »Wie« gab es unterschiedliche Auffassungen. Mögliche Autorinnen und Autoren wurden gesucht und angesprochen. Archivmaterialien wurden studiert, persönliche Dokumente ausgewertet. Seit Ende 2014 nahm eine Broschürenreihe Form an. Erste Manuskripte entstanden, wurden verworfen und überarbeitet. Regelmäßige Konsultationen wurden notwendig.

Im August 2015 beschloss der Landesvorstand die Herausgabe der Broschürenreihe »Wir haben noch etwas zu sagen«. Die Endfassungen waren auf Grund der guten Vorarbeiten schnell fertig. Als Hauptproblem erwies sich die Finanzierung. Dank der Spenden von Privatpersonen, der Landtagsfraktion Die Linke, des Linken-Stadtverbandes Dresden und von Basisorganisationen unseres Landesverbandes liegen seit dem 5. August 2016 die ersten beiden Broschüren vor.

Roland Hering, Radebeul

Sommerliche Ausfahrt nach Leubnitz

Warum in die Ferne schweifen…

Manchmal liegt das »Gute« gleich um die Ecke: Leubnitz, wohin diesmal unsere jährliche Ausfahrt der VVN-BdA Regionalgruppe Vogtland führte – durch eine wunderschöne Sommerlandschaft mit wogenden Getreidefeldern, dazu Kornblumen und Mohnblüten.

Das Leubnitzer Schloss, 1794 als Wohn- und Jagdschloss erbaut und eingebettet in einen herrlichen Park, war unser Ziel. Im Festsaal, dem »Weißen Saal«, in dem neben den »Leubnitzer Konzerten« auch Hochzeiten im festlichen Rahmen stattfinden, wurden wir von einer freundlichen Mitarbeiterin des agilen Fördervereins begrüßt. Einfühlsam und sachkundig bereitete sie uns auf die überaus interessanten Sehenswürdigkeiten in den verschiedenen Etagen vor, von deren Umfang und Vielfältigkeit auf immerhin 300 m² in verschiedenen thematischen Ausstellungsräumen ich schon überrascht war.

Eine Sonderausstellung ist dem im Vogtland beheimateten Künstler Peter Luban gewidmet, dem wir noch einmal begegnen sollten, hatte er doch den Gedenkstein für die Zwangsarbeiter geschaffen, die in »kriegswichtigen« Betrieben in den Lagern Oberpirk und Mehltheuer ums Leben kamen.

Die Kirchgemeinde Leubnitz – Initiator war Pfarrer Volker Schmiedel – fasste den Beschluss, den alten, verwitterten Stein durch eine künstlerisch ansprechende Gedenkstätte zu ersetzen. Peter Luban und die Steinmetzfirma Schneider aus Plauen übernahmen den Auftrag. Unter Beteiligung von über 350 Bürgern der Gemeinde Rosenbach wurde die Anlage vor anderthalb Jahren eingeweiht.

Für uns war der Besuch auf dem Friedhof, wo wir ein Blumengebinde niederlegten, auch Augenblick der Besinnung und Nachdenklichkeit in einer kriegslüsternen Zeit – zumal in Deutschland.

Ich empfinde es als sehr wichtig, diese jährlichen Ausfahrten immer mit dem Besuch von Mahn- und Gedenkstätten zu verbinden, um die Vergangenheit im Auge zu behalten und die Gegenwart zu verstehen.

Jürgen Böhm, Schöneck

V.i.S.d.P. Peter Giersich Redaktion: Landesverband Sachsen des VVN-BdA, Strehlener Straße 14, 01069 Dresden, Tel. 0351/4901903 E-Mail: vvn-bda-sachsen@t-online.de oder vvn-vogtland@t-online.de

Spendenkonto: BIC: DRESDE FF 850; IBAN: DE90 8508 0000 0528 2111 02

München: Informativer Erinnerungsort in Neuhausen

Den Widerstand gewürdigt

»Gesichter des Widerstandes« überschrieb die Süddeutsche Zeitung einen ausführlichen Artikel, der von der Einweihung eines neu gestalteten Gedenk- und Informationsortes im Münchner Stadtteil Neuhausen handelt. Dort habe zwar seit geraumer Zeit ein »verwitterter grauer Monolith« gestanden, der an die »Opfer im Widerstand gegen den Nationalsozialismus« erinnern sollte, nun sei aber dank einer Reihe neuer Stelen mit Porträtfotos einzelner Widerstandskämpferinnen und -kämpfer und deren Kurzbiographien etwas wesentlich Eindrucksvolleres entstanden.



13 Stelen mit Bildern und Texten informieren nun am »Platz der Freiheit« in München-Neuhausen im Umfeld des bisherigen Gedenksteins über den antifaschistischen Widerstand. Foto: Antoni

Initiiert hatte das Projekt der Münchner Künstler Wolfram P. Kastner, an Planung und Realisierung beteiligt waren Ernst Grube, Friedbert Mühldorfer, Ingrid Reuther, Eva Strauß, Judith Wagemann-Laquai und Christoph Wilke. Gefördert und unterstützt wurde es vom Kulturreferat der Landeshauptstadt München, vom Bezirksausschuss Neuhausen-Nymphenburg, dem Kirchenvorstand der Christuskirche München, der Versöhnungskirche Dachau, der Lagergemeinschaft Dachau, den Zeugen Jehovas, dem SPD-Ortsverein Neuhausen, von Charlotte Knobloch, Israelitische Kultusgemeinde München, Prof. Winfried Nerdinger, Florian von Brunn, MdL, Isabell Zacharias, MdL, der Weiße-Rose-Stiftung, den Stattreisen München und von Franz Maget.

Bei der Eröffnungsveranstaltung am 5. Juli sprachen vor rund 100 Anwesenden (»Politiker aus Landtag, Stadtrat und Bezirksausschuss Neuhausen-Nymphenburg, Aktivisten und Bürger«, so die SZ) unter anderem Karl Freller, MdL, Direktor der Stiftung Bayerische Gedenkstätten, als Schirmherr des Projektes, und der Münchner Kulturreferent Hans-Georg Küppers. Als Angehörige der auf den Tafeln Gewürdigten nahm auch Christa Willmitzer teil, Tochter des kommunistischen Widerstandskämpfers Otto Kohlhofer, der als junger Arbeiter in Neuhausen aktiv im Widerstand war und nach zehnjähriger Haft in Zuchthaus und KZ nach 1945 sofort wieder aktiv, unter anderem in der VVN-BdA und in der Lagergemeinschaft Dachau.



»Der Platz der Freiheit in München (Neuhausen) wurde 1946 zu Ehren der ›Opfer im Widerstand gegen den Nationalsozialismus‹ benannt. (Seit 1919 hieß er Hindenburgplatz.) Mit diesem Denkmal«, so das Begleit-Faltplatt zur Eröffnungsveranstaltung, »sollen Frauen und Männer, die in München mutig und mit großem persönlichen Risiko Widerstand gegen die Nazis leisteten, namentlich und gut sichtbar gewürdigt werden. Auf Stelen werden mit Fotos und kurzen Biographien Menschen porträtiert, die sich aus verschiedenen Motiven und auf unterschiedliche Art gegen das Nazi-System auflehnten. Damit werden 13 Personen des Widerstands aus dem Vergessen geholt und stehen als Beispiel und Auftrag für die Gegenwart. Die Informationstafeln mit Namen, Fotos und Biografien können nach einer angemessenen Frist ausgewechselt werden. Wir hoffen, dass dieses zunächst zeitlich begrenzte Denkmal dauerhaft erhalten bleiben kann und damit der Widerstand gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Militarismus angemessen gewürdigt wird.« *A. K.*

Spenden für die VVN-BdA Bayern: Wie immer freuen wir uns über Spenden für die Arbeit unserer bayerischen VVN-BdA. Unser Konto (bitte beachten: neue Bankverbindung, neue Nummern): VVN-BdA Bayern DE21 7015 0000 1003 3325 80; BIC: SSKMDEMMXXX

Wichtiger Hinweis:

Wichtiger Hinweis: Bitte immer daran denken: Adressen- oder Kontenänderungen mitteilen! VVN-BdA Bayern, Frauenlobstr. 24, 80337 München, Tel 089/53 17 86, Fax: 089/53 89 464, Mail: lv-bayern@vvn-bda.de

Redaktion: Ernst Antoni

Bamberger Zeugnisse von Verfolgung und Widerstand

221 Namen und Schicksale

Die Bamberger VVN-BdA veröffentlicht seit kurzem auf ihrer Website einmalige historische Zeugnisse: 221 Namen von Verfolgten des NS-Regimes und Widerständlern finden sich nun im Internet. Es handelt sich um einen wiedergefundenen Ordner aus dem Archiv der Organisation, bestehend aus einer Mitgliederliste von 1948 und über 80 persönlich ausgefüllten Fragebögen.

In den Anfangsjahren der VVN waren nur Frauen und Männer Mitglied der VVN, die im Nationalsozialismus verfolgt worden waren oder Widerstand geleistet hatten. Aus Bamberg und Umgebung waren Menschen u. a. in die Konzentrationslager Dachau, Flossenbürg, Mauthausen, Buchenwald, Ravensbrück, Auschwitz, Theresienstadt und verschiedene weitere Zuchthäuser und Gefängnisse verschleppt worden.

»Auf unserer Seite finden sich erschütternde Beispiele für Menschen, die uns bis heute Vorbild sein können«, meint Günter Pierdzig, »beispielsweise das Schicksal der Bambergerin Therese Schiel, die für drei Wochen inhaftiert wurde. Sie hatte nicht mehr verbrochen, als einem französischen Zwangsarbeiter ein Stück Brot zu geben.« Auch der Rom Paul Seeger war Mitglied der VVN. Er war nach Auschwitz und Buchenwald verschleppt worden und beschreibt in seinem Fragebogen das Leid seiner Familie: »Mir wurde meine Frau nebst zwei Kinder von drei und acht Jahren, nebst mein Bruder mit Frau und sechs Kindern, meine Schwester mit drei Kindern und sämtliche Verwandtschaft am 2. August 1944 in Auschwitz vergast und verbrannt.«

»Gerade heute, wo wir es erneut mit rechtspopulistischen und rechtsextremen Organisationen zu tun haben, müssen uns diese Zeugnisse eine Warnung sein«, mahnt Günter Pierdzig. »Wir müssen genau darauf achten, welche Gesetze und welche Behandlung Minderheiten zugemutet werden. Wenn es brenzlig wird, müssen wir eingreifen. Dies ist unsere Pflicht gegenüber den Überlebenden und den Toten und zur Bewahrung unserer Gesellschaft.

Die Dokumente können eingesehen werden unter: http://bamberg.vvn-bda.de

Bayerischer Flüchtlingsrat zur Räumung der Regensburger Kirchenräume

»Der Papst kam nicht bis St. Emmeram«

In einer Solidaritätserklärung der VVN-BdA Bayern an die Flüchtlinge, die im Juli in Regensburg bei der katholischen Kirche Schutz und Hilfe gesucht hatten, stand unter anderem: »Unsere Organisation wurde 1947 als Verband von Überlebenden des Naziterrors gegründet.

Unter unseren Mitgliedern sind und waren Überlebende des Völkermords an den Sinti und Roma und viele, die nur durch die Flucht ihr Leben retten konnten. Wir von der VVN-BdA wissen: Es gibt keinen ›sicheren Herkunftsstaat‹ für Roma. Wir sagen: Deutschland muss den Nachfahren von Völkermord-Opfern Schutz und eine Lebensperspektive in Deutschland bieten! (…) Wir fordern, alle Abschiebungen von Roma zu stoppen und die Abschiebelager Manching-Oberstimm und Bamberg zu schließen!«

Trotz vielfacher Solidaritätsbekundungen, auch über Bayern hinaus, kam es schließlich, veranlasst von den regional Zuständigen, zur Räumung der Kirchenräume durch die Polizei.

Dazu der Bayerische Flüchtlingsrat in einer ausführlichen Erklärung vom 9. August unter der Überschrift »Der Papst kam nicht bis St. Emmeram«: »Während Papst Franziskus mahnt, den Flüchtlingen die Herzen und die Türen zu öffnen, lässt das Bistum Regensburg vier Roma-Familien, die in St. Emmeram Schutz gesucht hatten, von der Polizei räumen. Die Situation war von Anfang an verfahren. Rund 50 Flüchtlinge, Roma, Serben, Albaner, Kosovaren, begaben sich in den Regensburger Dom, ›besetzten‹ ihn. Sie kamen aus dem bayerischen Abschiebelager Manching, aus Regensburg, wo sich noch einige Familien verzweifelt wehren, ins ›Rückführungszentrum‹ Bamberg umgesiedelt zu werden, aus Hamburg, Berlin, aus der Nähe von Ulm. Sie protestierten gegen die Abschiebelager und dagegen, dass die Öffentlichkeit, den Begriff ›sichere Herkunftsländer‹ wie eine Augenbinde benutzend, sich abwendet von der Situation, in der viele in Südosteuropa leben: diskriminiert, ohne effektiven Zugang zu ärztlicher Behandlung, in teilweise elenden Verhältnissen. Die Flüchtlinge forderten, dass man ihnen ein Bleiberecht geben möge. Das kann die Kirche nicht. Dass das Bistum Regensburg aber den Job des Innenministeriums macht, muss auch nicht sein.

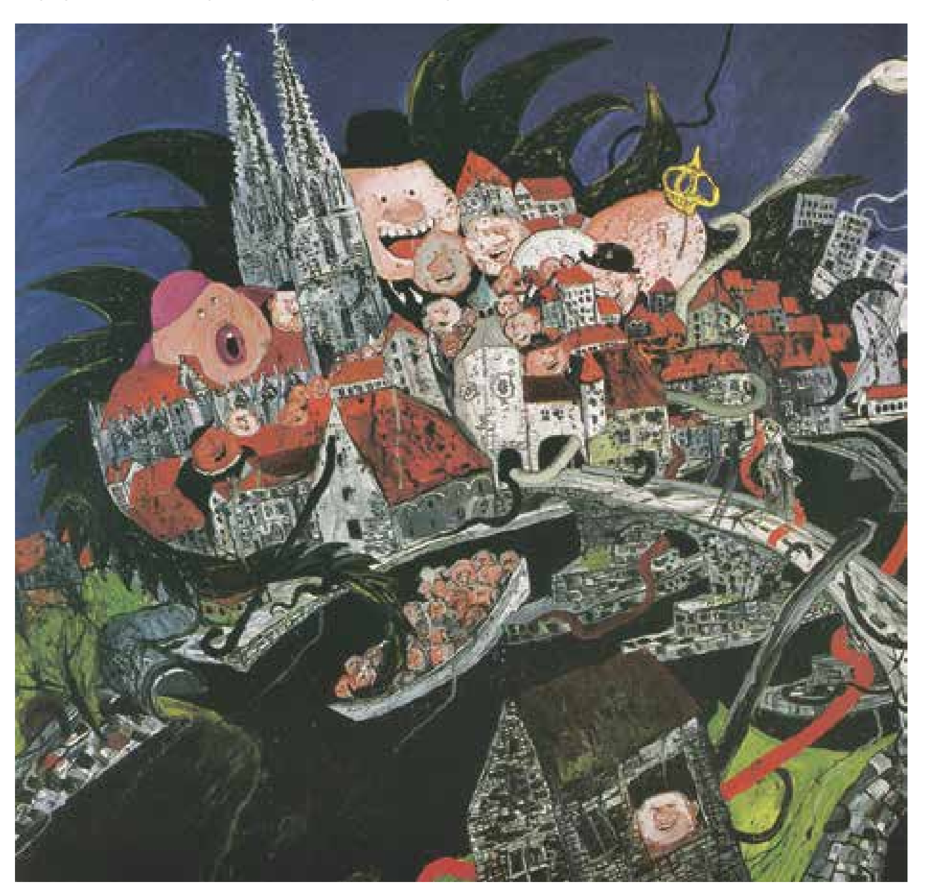
Das Bistum hätte den Flüchtlingen Gelegenheit geben können, dass ihre Fälle geprüft werden. Ein Caritas-Berater, der hiermit begonnen hatte, wurde schnell abgezogen. Die Kirche hätte mahnen können, dass auch in den Rückführungszentren Bamberg und Manching grundlegende Rechte für Flüchtlinge eingehalten werden müssen. Das tat der Bamberger Bischof, aber aus Regensburg kein Wort dazu. Das Bistum hätte auch auf die Situation vieler Menschen, vor allem der Roma, in den Balkanstaaten verweisen können. Das Bistum Regensburg hat ein großes und gut arbeitendes Hilfswerk, Renovabis, für Projekte in Ost- und Südosteuropa. Kein Wort von Renovabis, keine Erklärung des Bistums.

Das Bistum hätte wenigstens der letzten Forderung der verbliebenen Flüchtlinge, nämlich freiwillig in ihre Herkunftsländer zurückreisen zu dürfen, entgegenkommen können. Stattdessen nur Versuche, die Flüchtlinge zum Aufgeben zu bewegen, ihre Forderungen zu diskreditieren. Stattdessen öffnete das Bistum nicht den Flüchtlingen, sondern der Polizei die Türen, damit diese mit dem Problem aufräumt, das das Bistum offenkundig mit einer Handvoll Flüchtlinge hatte.

Dass der Vertreter des Bistums, Generalvikar Fuchs, dann noch die Flüchtlinge beschimpft, sie hätten ihre Kinder als Druckmittel und Drohung instrumentalisiert, ist nur der letzte Fußtritt, den das Bistum den Flüchtlingen nun hinterherschickt. Wenn der Generalvikar in der Pressemeldung des Bistums sagt: ›Unsere Kirchen bleiben offen für alle Menschen, die beten wollen, die Stille suchen oder unsere Kirchen bewundern‹, warum müssen dann die paar protestierenden Flüchtlinge als ›gewaltsame Eindringlinge‹ bezeichnet werden, während gleichzeitig das Bistum feststellt, mit einer Hundertschaft Polizei sei das Pfarrheim ›gewaltfrei‹ geräumt worden?

Der Bischof von Regensburg und sein Generalvikar sind nicht die Kirche. Gottlob, möchte man fast ausrufen.«

»Als wir jüngst in Regensburg waren«: Gemälde von Guido Zingerl; Tafel 1 aus dem vom Künstler in den 80er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts geschaffenen Zyklus »Aufzeichnungen eines Donauschülers«.



Wir gratulieren…

… natürlich allen unseren »Geburtstagskindern«. Sie sämtlich aufzuführen, würde allerdings den Rahmen unserer »*antifa*« sprengen. Stellvertretend seien deshalb hier die Kameradinnen und Kameraden zwischen 60 und 80 genannt, die einen »runden« Geburtstag haben bzw. hatten - und alle über 80. Herzlichen Glückwunsch!

September: Martin Ermer, Veitsbronn, 88 Jahre; Hans-Jürgen Nibbe, München, 88 Jahre; Klaus Poweleit, Oberammergau, 87 Jahre; Erwin Jedamus, München, 75 Jahre; Helga Wolf, München, 75 Jahre; Gisela Fink, Freising, 70 Jahre; Anita Ritzl-Ossenbrunner, München, 65 Jahre; Edgar Tischner, Bamberg, 65 Jahre

Oktober: Gisela Freudenthal, Füssen, 90 Jahre; Jutta Franke, Bamberg, 89 Jahre; Hermann Höllenreiner, Mittenheim, 83 Jahre; Hans-Günter Schramm, Nürnberg, 75 Jahre; Thorsten Heinsohn, München, 70 Jahre; Margarete Schachtner, Nürnberg, 70 Jahre; Thomas Grampp, München, 60 Jahre; Johann Zitzlsberger, Moosburg, 60 Jahre

»Der Mensch ist erst tot, wenn niemand mehr an ihn denkt«

Für ein lebendiges Erinnern an Burak Bektaş

Am 5. April 2012 wurde der 22-jährige Neuköllner Jugendliche Burak Bektaş in der Nähe des Vivantes-Klinikums Neukölln von einem Unbekannten erschossen und zwei Freunde von ihm schwer verletzt.



Aufgrund der Parallelen im Tathergang zu den Morden des NSU – weißer Mann schießt ohne Worte in eine Gruppe Jugendlicher mit Migrationshintergrund – und weiterer Hinweise, dass es sich um ein rassistisches Motiv handeln könnte, gründete sich wenige Monate nach dem Mord die »Initiative für die Aufklärung des Mordes an Burak Bektaş«. Eine wichtige Konsequenz aus dem NSU ist es, die Angehörigen mit all ihrer Trauer, dem Leid und der Wut nicht allein zu lassen und ihnen solidarisch zur Seite zu stehen. Dabei geht es darum, Opfer rassistischer Gewalt nicht als anonyme Zahlen zu verstehen, sondern als konkrete Menschen, die konkrete Menschen hinterlassen. Das hat zur Folge, dass die Bedürfnisse und Wünsche der Angehörigen zentral sind.

In der Initiative sind neben Buraks Familie antirassistische Gruppen, die Berliner Opferberatungsstelle ReachOut, engagierte Einzelpersonen sowie Künstler und Künstlerinnen aus Neukölln vertreten. Während der Zusammenarbeit mit der Initiative äußerte die Mutter Buraks, Melek Bektaş, den Wunsch, einen Gedenkort für ihren Sohn zu schaffen. Die Initiative hat diese Idee aufgegriffen und kämpft nun mit den Angehörigen dafür, einen Gedenkort in der Nähe des Tatortes zu schaffen. Erst im Juni hat die Bezirksverordnetenversammlung mit den Stimmen aller Fraktionen außer der CDU beschlossen, die Schaffung eines solchen Gedenkortes auf einer kleinen Wiese nur 100 Meter vom Tatort entfernt zu unterstützen. Der Gedenkort wird neben der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung auch vom Berliner Theater Hebbel am Ufer, Politikern und Politikerinnen auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene sowie verschiedenen Gedenkinitiativen bundesweit, wie dem Freundeskreis Mölln, unterstützt.

Der Gedenkort

Der zukünftige Gedenkort soll die Erinnerung an Burak Bektaş lebendig halten. Er soll den Angehörigen, den Freunden und Freundinnen des Ermordeten als Ort des öffentlichen Gedenkens, der Begegnung und der individuellen und emotionalen Verarbeitung des Mordes zur Verfügung stehen. Der Gedenkort soll aber auch die Auseinandersetzung mit dem Mord nicht abschließen, sondern darauf aufmerksam machen, dass die Tat bis heute nicht aufgeklärt ist. Der Gedenkort soll außerdem ein Ort des Lernens sein und die vielen weiteren unaufgeklärten Morde an Migrantinnen und Migranten und den alltäglichen Rassismus, dem Menschen mit Migrationsgeschichte auch in Neukölln ausgesetzt sind, ins Bewusstsein bringen.

Die mit der Initiative assoziierte Kreuzberger Künstlerin Zeynep Delibalta hat einen Vorschlag für die künstlerische Gestaltung des Gedenkortes eingebracht. Der Entwurf, den sie »Algorithmus für Burak und ähnliche Fälle« genannt hat, findet breite Zustimmung bei der Familie und den Angehörigen. Er enthält eine Skulptur, mit der der Gedenkort gestaltet werden soll (s. Foto). Daneben gibt es seit kurzem einen Entwurf des Bezirksamts für die umliegende Gestaltung des Gedenkorts.

Verankerung im Kiez

Im März hat die Initiative eine Gedenktafel am Tatort angebracht. Die dazugehörige Baumscheibe wurde von der Initiative »Hufeisern gegen Rechts« gespendet, die sich in der nahe gelegenen Hufeisensiedlung antifaschistisch engagiert und mit der wir kooperieren. Nur zwei Wochen später – kurz vor dem vierten Todestag von Burak Bektaş – wurde die Tafel mutwillig durch Steinwürfe beschädigt. Dies zeigt, welchen Widerstand das Gedenken an einen ermordeten Migranten in der Nachbarschaft hervorrufen kann und wie wichtig deshalb eine starke Vernetzung vor Ort ist.

Die Schaffung des Gedenkortes soll daher von vielfältigen Aktivitäten begleitet werden, die darauf abzielen, in der öffentlichen Debatte, in der Rassismus in all seinen gewaltsamen Ausprägungen häufig geleugnet oder relativiert wird, politisch zu intervenieren. Bis zur Fertigstellung des Gedenkorts möchten wir uns den Ort symbolisch aneignen und eine weitergehende Öffentlichkeit, vor allem in der Nachbar_innenschaft, erreichen. Dafür sind im Zeitraum zwischen dem Geburtstag von Burak Bektaş am 14. Februar und seinem fünften Todestag am 5. April 2017 Aktionswochen mit verschiedenen Veranstaltungen geplant. Mehr Informationen gibt es auf der sich noch im Aufbau befindlichen Website www.gedenkort-fuer-burak.org.

Für das Projekt erwarten wir Kosten in Höhe von ca. 25.000 Euro. Wir sind daher dringend auf Spenden angewiesen. Um die Initiative für den Gedenkort zu unterstützen, freuen wir uns über Spenden unter dem Verwendungszweck »Gedenkort Burak« an die ARI e. V.:

Antirassistische Initiative
Bank für Sozialwirtschaft
IBAN DE46100205000003039600
BIC BFSWDE33BER
Verwendungszweck: Gedenkort Burak
Spenden sind steuerlich absetzbar.

Gedenkort-AG der »Initiative für die Aufklärung des Mordes an Burak Bektaş«

Antifa – Jour fixe
Ein Abend mit der Berliner VVN-BdA…

…immer am 3. Montag im Monat,
immer im Café Sibylle,
immer ab 18.30 Uhr

Café Sibylle, Karl-Marx-Allee 72, 10243 Berlin, U5 Strausberger Platz

Montag, 19. September 2016, 18.30 Uhr: »Wir müssen etwas machen!«

Nachdem das Gespräch mit Fritz Schmid anlässlich seine 100. Geburtstages im Mai leider ausgefallen ist, starten wir einen zweiten Versuch: Fritz Schmid beteiligte sich aktiv im sozialistischen Widerstand in Berlin-Pankow. 1930 war er mit seinen 14 Jahren einer der Jüngsten, der sich in der SAJ organisierte. Kurze Zeit darauf schloss er sich dem KJVD an. Damals waren sie sich einig, dem aufkommenden deutschen Faschismus etwas entgegenzusetzen. Aus dieser Gruppe entwickelte sich eine eigene Widerstandsgruppe, die illegale Flugblätter herstellte. Musste dieses Material versteckt werden, musste Fritz ran. Es dauerte nicht lange, und er wurde zur Wehrmacht eingezogen. Doch damit endete sein Widerstand nicht … Mit Fritz Schmid spricht Anne Hunger.

Montag, 17. Oktober 2016, 18.30 Uhr: Vom »Keller der Qualen« zum »Museum des europäischen Widerstands«

Schon seit einigen Jahren gibt es eine Zusammenarbeit zwischen der Berliner VVN-BdA und Paolo Migone vom Dokumentationszentrum »LOGOS« in Genua. So wurde die Ausstellung »Weg mit Hitler, Schluss mit dem Krieg« über die Saefkow-Jacob-Bästlein-Organisation in Genua gezeigt, der Katalog ins Italienische übersetzt. Heute erzählt Paolo Migone vom einstigen Gestapokeller von Genua, und wie daraus im heutigen Studentenhaus ein »Museum des europäischen Widerstands« mit Veranstaltungen für Schüler und Studenten wurde. Spannendes, wenig Bekanntes berichtet er auch über den Kampf deutscher Antifaschisten an der Seite der Resistenza in Italien.

(K)eine Glosse über Antifaschisten vor deutschen Gerichten

Der Hund – tot oder lebendig?

Ein Antifaschist wurde am 18. August 2016 vom Berliner Amtsgericht wegen des Aufsagens der ersten Zeile eines Flüsterwitzes aus der Zeit zwischen 1933-1945 zu 40 Tagessätzen à 30 Euro verurteilt. Im faschistischen Deutschland wurde nach dem Heimtückegesetz für das Aufsagen des Witzes die Todesstrafe verhängt.

Eine Gerichtsgroteske? Wir erinnern uns an die Justizposse mit dem durchgestrichenen Hakenkreuz aus dem Jahr 2006, siehe www.spiegel.de/unispiegel/wunderbar/prozess-grotesk-vor-gericht-wegen-eines-anti-nazi-symbols-a-407112.html.

Was war passiert? Am Tage der Verabschiedung der Armenien-Resolution im Deutschen Bundestag machte jener Antifaschist mit der Frau des ukrainischen Kriegsdienstverweigerers Ruslan Kotsaba vor dem ehemaligen Reichstag eine kleine Sightseeingtour. Der Platz der Republik war gefüllt mit Leuten aus Armenien, aus Kurdistan, aus der Türkei. Die Polizei war auch dabei. Ein türkischer Journalist bereitete ein Interview mit einem Mitglied des türkischen Parlaments vor. Der Angeklagte sei auf ihn zugekommen und hätte ihn gefragt, weshalb er die Deutschlandfahne in seinen Materialien ausbreite, sagte er später als Zeuge vor Gericht. Er hätte darüber gefrozzelt, laute Sprüche über Fahne und Nation gemacht, räumte der Angeklagte gegenüber der Richterin ein. Der Journalist fühlte sich attackiert. Die beiden stritten laut, bis ein Polizist einschritt und sie räumlich trennte.

Im Weggehen sprach der Antifaschist in Hörweite von Polizist und Journalist die erste Zeile des unvergessenen Flüsterwitzes, bestehend aus einer bekannten NS-Grußformel mit Zusatz: »Der Hund ist tot.« Der Schreiber hatte nur den »Deutschen Gruß« vernommen, der inzwischen mehrere Meter entfernte Polizist hatte zusätzlich gehört, wie angeblich »Ihr Hunde!« gesagt worden sei. Der aufgeregte Antifaschist erhielt daraufhin eine Anzeige wegen Verbreitung von verfassungsfeindlichen Symbolen gemäß §§ 86 Abs. 1 Nr. 4, 86a Abs. 1 Nr. 1 StGB.

Inzwischen ist niemandem mehr unbekannt, wie humorlos Anhänger des türkischen Staates sein können. Ich denke nur an die Belehrung Jan Böhmermanns, was Satire nicht darf und was wirklich verboten ist. Wenn Antifaschisten Witze machen, versteht auch die deutsche Justiz keinen Spaß. Mir geistern noch die TV-Bilder der Pariser Beerdigungsfeier für die ermordeten Charlie-Hebdo-Satiriker im Kopf herum: Frau Bundeskanzlerin Merkel in erster Reihe zur Verteidigung der Meinungsfreiheit, einschließlich Satire. Und nun so was?

In der Begründung der Staatsanwaltschaft hieß es sinngemäß, das Zitat »Heil Hitler, der Hund ist tot« muss als Verbreitung von verfassungsfeindlichen Symbolen gesehen werden. Dem Angeklagten müsse vor seinem von ihm erläuterten Hintergrund von mehr als 20 Jahren gedenkpolitischer Arbeit klar sein, dass das eine Verbreitung von verfassungsfeindlichen Symbolen darstellt. Dem schloss sich die junge Richterin an, die in der gesamten Zeit den Kameraden wie ein ungezogenes Kind gängelte und zurechtwies. Als Strafe soll er eineinhalb Monate Arbeitslosengeld II entbehren, wenngleich in Raten von 50 Euro. Der türkische Prozesszeuge jedoch darf ungeschminkt von »diesen Armeniern« und »faschistischen Kurden« reden. Da zuckte die Richterin nicht einmal mit der Wimper. Ohne Belang waren unterschiedliche Inhalte des polizeilichen Berichtes und der Kopie des Angeklagten. Ein Antrag auf die Anhörung deeskalierender Polizeiangehöriger wurde abgewiesen. Strafmildernd sei, dass der über 60-jährige Antifaschist noch nie straffällig geworden war, wie die Richterin erstaunt feststellte. Das will sie nun ändern. Der Antifaschist geht in Berufung.

71 Jahre nach der deutschen Nazi-Diktatur werden ihre Gegner noch für Witze gegen Adolf Hitler bestraft. Ist der Hund wirklich tot? Oder zuckt er noch? ***Ena Bonar***

11. September 2016, Kulturzentrum Wasserturm (Kreuzberg)

Tag der Erinnerung und Mahnung

SONNTAG, 11. SEPTEMBER 2016
TAG DER ERINNERUNG UND MAHNUNG
AKTIONSTAG GEGEN RASSISMUS, NEONAZISMUS UND KRIEG 2016
WWW.TAG-DER-MAHNUNG.DE
WWW.BERLIN.VVN-BDA.DE

Aufstehen gegen Rassismus! Keine Rassisten und Nazis in die Parlamente – Roma bleiben!

12.00 Uhr Auftaktkundgebung – vor dem Mahnmal für die ermordeten Sinti und Roma Europas (Simsonweg, U-Bhf. Brandenburger Tor)
Es sprechen: Petra Rosenberg, (Vorsitzende des Landesverbandes Deutscher Sinti und Roma Berlin-Brandenburg e. V.), Vertreter/Vertreterin der Roma-Initiative »Alle bleiben«, Musik von Rolling Hopp (Roma HipHop, Essen). Bitte Blumen mitbringen!

13.00 Uhr Antifaschistischer Fahrradkorso
An die Kundgebung schließt sich unser schon traditioneller antifaschistischer Fahrradkorso an.
Er führt vorbei und stoppt an Orten von Verfolgung und Widerstand, aber auch an Orten heutigen Rassismus und Ausgrenzung. Wir fahren über Mitte, Charlottenburg, Tiergarten zum Jugend- und Kultur-Zentrum Wasserturm in der Kopischstraße 7 in Kreuzberg. Letzte Station davor wird der Stolperstein für den Sinto-Boxer Johann »Rukeli« Trollmann, den die Nazis ermordeten, in der Fidicinstraße sein. Bringt Schilder und Plakate für eure Fahrräder mit!

14.30 - 19.00 Uhr Tag der Erinnerung, Mahnung und Begegnung im Kulturzentrum Wasserturm, Kopischstr. 7 (Kreuzberg)
Antifa-Café, Grill, Limo, Bier und andere Leckereien. Info- und Bücherstände. Informationen zur Situation von Roma und Romnja in Berlin. Antifaschistisches Video-Kino.

Gespräche:
- Öffentliches Gespräch mit Rita Vowe Trollmann, Tochter des von den Nazis ermordeten Boxers Rukeli Trollmann
- »Remember to resist – Genocide Against Roma«. Über 25.000 Roma wurden während des Zweiten Weltkrieges aus Rumänien nach »Transnistrien«, den von Rumänien besetzten Teil der Ukraine, deportiert. Bericht mit Videobeiträgen über eine Reise, die im Frühjahr 2016 junge Roma aus Deutschland, Rumänien und der Ukraine von Bukarest bis Odessa unternommen haben. Es wurden Überlebende und Zeitzeugen/-zeuginnen interviewt, Gedenkstätten und die Überreste der Ghettos besichtigt.
- Arbeit für den Feind: Lore 2, das geheime unterirdische Walzwerk der Telefunken. Unter der Bock-Brauerei in der Fidicinstraße errichtete während des NS die Organisation Todt für die Kriegsindustrie ein unterirdisches Walzwerk. Dabei wurden auch sowjetische Kriegsgefangene eingesetzt. Referentin: Beate Winzer

Ausstellungen:
- »Ohh Porajmos…«. Comic-Ausstellung des Landesvereins der Sinti in Hamburg e. V. zur Diskriminierungs- und Verfolgungsgeschichte der Sinti und Roma – jetzt in Berlin!
- Ausstellung der Initiative für die Aufklärung des Mordes an Burak B.

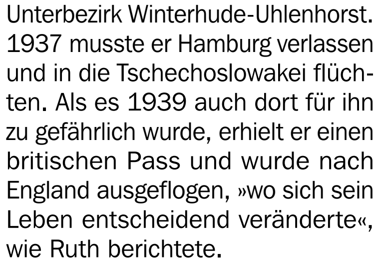
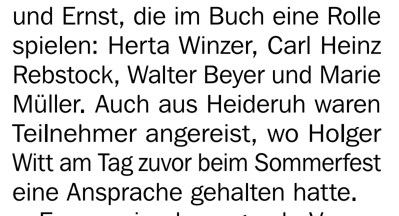
18.00 Uhr Konzert
»Sistanagila – eine israelisch-iranische Affäre
In »Sistanagila« haben sich in Berlin lebende israelische und iranische Musiker und Musikerinnen zusammengetan, um durch die Universalsprache Musik den Dialog zu suchen. Feinster iranischer Flamenco trifft auf israelische Folklore, die Musizierenden greifen sowohl auf Klezmer als auch auf sefardische und traditionelle persische Musik zurück.

Lesung aus dem Buch von Ruth Stender

Gertigstraße 56

Ohlsdorfer Friedensfest am 31. Juli 2016: Über 50 Menschen waren an einem verregneten Sonntag im Zelt am Bombenopfer-Mahnmal zusammengekommen, um die Ansprache von Ruth Stender und die Lesung aus ihrem Buch zu hören, die gemeinschaftlich von der AnwohnerInnen-Initiative Jarrestadt übersetzt und vorgetragen wurden.

In ihrem Buch schildert Ruth die Geschichte ihres Vaters Werner Stender und seiner beiden Brüder Rudolf und Ernst, die alle im kommunistischen Widerstand aktiv waren. Sie hat versucht, sich in die Gefühlswelt ihrer Hauptpersonen hineinzuversetzen und lässt sie das Erlebte aus ihrer Perspektive berichten. Werner Stender entging als junger Mann knapp der Todesstrafe wegen Vorbereitung zum Hochverrat. Er verbüßte zweieinhalb Jahre im Jugendgefängnis Hahnöfersand für seine Tätigkeit im Unterbezirk Winterhude-Uhlenhorst. 1937 musste er Hamburg verlassen und in die Tschechoslowakei flüchten. Als es 1939 auch dort für ihn zu gefährlich wurde, erhielt er einen britischen Pass und wurde nach England ausgeflogen, »wo sich sein Leben entscheidend veränderte«, wie Ruth berichtete.

Ruth und Werner Stender 2014 beim Ohlsdorfer Friedensfest Foto: Georg Chodinski

Seine Heimatstadt Hamburg hat Werner Stender immer vermisst und gerne besucht – zuletzt im Sommer 2014 mit 98 Jahren. Er verstarb am 28. Oktober 2015. Das Erscheinen des Buches im August 2015 konnte er noch miterleben.

Am Freitag, den 29. Juli, wurde Werner entsprechend seinem Wunsch im Familienkreis auf dem Ehrenfeld der Geschwister-Scholl-Stiftung beigesetzt. 20 Personen waren aus England angereist, Ruth und ihr Bruder Paul und deren Kinder und Enkelkinder. Auch Ernst Stenders Enkel Holger Witt mit Familie aus Bergedorf war gekommen. Gefreut hat sich Ruth, dass Conny Kerth und Ilse Jacob von der VVN-BdA gekommen waren und dass René Buschmann die VVN-BdA-Fahne wehen ließ und »Die Moorsoldaten« und »Die Gedanken sind frei« auf der Gitarre begleitete.

Am verregneten Sonntag zeigte sich rechtzeitig nach der Lesung wieder die Sonne. Beim anschließenden Gang zum Ehrenfeld erklangen auf Englisch und Deutsch noch einmal die Lieder, die Werner Stender wichtig waren und ihm in schwieriger Zeit Kraft gegeben hatten. Danke an Dirk Wilke für sein Gitarrenspiel!

Ruth war berührt von der Begegnung mit den Angehörigen einiger Mitstreiter von Werner und Ernst, die im Buch eine Rolle spielen: Herta Winzer, Carl Heinz Rebstock, Walter Beyer und Marie Müller. Auch aus Heideruh waren Teilnehmer angereist, wo Holger Witt am Tag zuvor beim Sommerfest eine Ansprache gehalten hatte.

Es war eine bewegende Veranstaltung, für die es viel positive Rückmeldung gab. Ein großes Dankeschön von Ruth und der »Ini« an die VVN-BdA und das Ohlsdorfer Friedensfest, die die Veranstaltung möglich gemacht und den Rahmen mitgestaltet haben!

»Gertigstraße 56« ist in englischer Sprache bei www.troubador.co.uk erschienen. Es behandelt die Jahre bis 1939. Ruths Haus steht noch voller Archivkisten, die demnächst in einem zweiten Band verarbeitet werden. Gleichzeitig sucht sie nach Möglichkeiten, das Buch ins Deutsche übersetzen zu lassen und ist für Hinweise dankbar! Sie freut sich schon auf ihren nächsten Besuch in Hamburg.

Christine Meier,
AnwohnerInnen-Initiative Jarrestadt



Hamburger Regionalorganisation

Aufstehen gegen Rassismus

Nach den erschreckenden Wahlerfolgen der AfD in mehreren Bundesländern im März dieses Jahres hat ein breites Bündnis aus verschiedenen Zusammenhängen und Organisationen sowie Aktiven aus Gewerkschaften und Parteien die Kampagne »Aufstehen gegen Rassismus« gestartet. Auch in Hamburg und vielen anderen Städten haben sich Menschen zusammengeschlossen, die Kampagne vor Ort zu verankern.

Ziel der zunächst bis zu den Bundestagswahlen im September 2017 begrenzten Kampagne ist, dass sich die Erfolge der AfD bei dieser und den bis dahin noch stattfindenden Landtagswahlen nicht wiederholen können. Dazu wollen wir ihr und ihrer Hetze im öffentlichen Raum deutlich entgegentreten. Dazu gehört die bundesweite Demonstration mit anschließendem Konzert in Berlin am 3. September, zwei Wochen vor den dortigen Wahlen zum Abgeordnetenhaus.

Zentraler Bestandteil der Kampagne ist die geplante Ausbildung von bundesweit 10.000 »Stammtischkämpfer_innen«, die ermutigt und qualifiziert werden sollen, sich in Familie und Nachbarschaft, in Schule, Uni und Betrieb, vor allem aber im Wahlkampf auf der Straße mit den Positionen derer auseinanderzusetzen, die den Parolen der AfD Gehör schenken. Wir wollen keine AfD-Veranstaltung und keinen Info-Stand, an dem sie ihre Hetze verbreiten, unbegleitet lassen.

Dazu ist es zwingend erforderlich, dass die Kampagne in den Regionen aufgegriffen und bis in die Stadtteile hinein organisiert wird. Deshalb hat sich nun auch in Hamburg auf Initiative des »Hamburger Bündnisses gegen Rechts« ein Trägerkreis für die Kampagne gebildet und am 27. August eine Regionalkonferenz durchgeführt. Dort wurde die Kampagne für Hamburg organisiert und zugleich die Ausbildung der »Stammtischkämpfer_innen« gestartet.

Bisher besteht der Trägerkreis aus dem Hamburger Bündnis gegen Rechts, der VVN-Bund der Antifaschisten Hamburg, der Interventionistischen Linken Hamburg und DIE LINKE Hamburg.

Weitere Beteiligte sind angefragt und sind herzlich eingeladen, zukünftig am Trägerkreis teilzunehmen. ***Aufstehen gegen Rassismus in Hamburg***

Mehr Informationen zur Bundeskampagne gibt es unter www.aufstehen-gegen-rassismus.de. Über die Hamburger Aktivitäten ist mehr zu finden unter www.facebook.com/AgRHamburg/ oder www.aufstehen-gegen-rassismus.de/lokal/hamburg.
Der Hamburger Kontakt per Email: aufstehen-hamburg-agr@gmx.de

Gedenken an die »Valvo-Frauen«

Am 31. Juli haben wir während des Ohlsdorfer Friedensfestes ein Gesteck an den Gräbern der Valvo-Frauen niedergelegt. Auf dem Stein ist zu lesen: »Hier ruhen 140 Russinnen. Sie starben während eines Bombenangriffs am 18. Juni 1944.« Schon als der Stein aufgestellt wurde, war bekannt, dass es sowjetische Zwangsarbeiterinnen waren, die aus der Ukraine nach Deutschland verschleppt worden waren – von der Verantwortung der Valvo-Werke bzw. des Philips-Konzerns für den Tod der Frauen ist nicht die Rede.

Ilse Jacob

Ohlsdorfer Friedhof – Einweihung der »Ida-Ehre-Allee«

Friedensbrücken bauen durch die Welt

Mit dieser Widmung pflegte Ida Ehre ihr Buch zu versehen. Sie gestand sich selbst ein, dass sie damit einer Utopie Ausdruck verlieh, verband aber trotzdem damit den Wunsch, dass wenigstens ein Teil davon Wirklichkeit werden sollte.

Ida Ehre – für uns ist sie für immer verbunden mit ihrem Auftritt am 2. September 1983 im St. Pauli-Stadion als »Künstlerin für den Frieden«, verbunden mit ihrem Aufschrei nach Frieden »Dann gibt es nur eins: Sag Nein!«. Das »Sag Nein« galt am 27. Juli dieses Jahres der »Kriegerehrenallee« auf dem Ohlsdorfer Friedhof. Die Willi-Bredel-Gesellschaft gab den Anstoß, den das Bündnis Ohlsdorfer Friedensfest 2015 aufnahm. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Friedensfestes waren aufgerufen, der Ehrung von Eroberungs- und Vernichtungskriegern etwas entgegen zu stellen, Würdiges an deren Stelle zu setzen.

Die Wahl fiel auf »Ida-Ehre-Allee«. Wahrlich eine würdige Namensgeberin. Ida Ehre, als Jüdin seit 1933 von den Nazis verfolgt, suchte 1939 mit ihrer Familie den Schutz des Exils. Zu spät! Das Schiff, das sie nach Chile bringen sollte, wurde wegen des beginnenden Krieges nach Hamburg zurück beordert. Ihr einziger »Schutz« war von da an ihre »privilegierte Ehe mit einem Nicht-Juden«, wie es im Nazi-Jargon hieß. Doch 1943 half auch das nicht mehr: »Schutzhaft« im Polizeigefängnis Fuhlsbüttel (Kolafu). Sie selbst dazu: »Ich war dort insgesamt ›nur‹ sieben Wochen, lächerlich kurz gegen die Leiden, die andere in den KZs durchmachen mussten, aber dennoch waren diese kurzen Wochen für mich lebenslang.« Anfang 1945 entzog sie sich dem Versuch, sie doch noch zu deportieren. Eine Freundin gewährte ihr Unterschlupf.



Carsten Helberg, Geschäftsführer Hamburger Friedhöfe, Staatsrat Michael Pollmann sowie Hans Matthaei von der Willi-Bredel-Gesellschaft (v.l.) enthüllen das neue Straßenschild Foto: Gert Krützfeld

Nach der Befreiung gab Ida Ehre den Hamburgerinnen und Hamburgern nach zwölf Jahren Diktatur mit den Kammerspielen ihr »Theater der Menschlichkeit und Toleranz«. Und bald darauf schrieb sie mit der Uraufführung von Wolfgang Borcherts »Draußen vor der Tür« Theatergeschichte.

Die Schläfrigkeit aus den Augen nehmen, die Müdigkeit aus den Herzen treiben, die Menschen zum Denken bringen, diesem Gefühl folgte Ida Ehre allen Anfeindungen zum Trotz. Sie wurde nicht müde, uns Borcherts »Sag Nein!« entgegenzurufen.

Das war keine »pazifistische Idee«. Ihr ganzes Leben lang war sie eine Friedenskämpferin und entgegnete ihren Kritikern: »Sie scheinen den Begriff Frieden nicht zu kennen. Sie wissen nicht, dass jeder halbwegs vernünftige Mensch dieses Gefühl in sich haben muss – oder müsste. Finden Sie, dass Massengräber etwas Wunderbares sind? Alle Völker, Chinesen und Italiener, Franzosen, Amerikaner, egal, wer immer es sein mag, sollten sich die Hände reichen. Man kann doch nur aufbauen im Frieden, im Krieg zerstört man.«

Die Straße hat jetzt einen würdigen Namen. Es bleibt unsere Aufgabe, auch Ida Ehres Herausforderung anzunehmen: »Friedensbrücken bauen durch die Welt«! *Georg Chodinski*

Landesgeschäftsstelle VVN-BdA, Landesvereinigung Hamburg, Telefon: 040 / 31 42 54, E-Mail: vvn-bda.hh@t-online.de
Wir bitten um Spenden für die Hamburger VVN-BdA! Spendenkonto: VVN-BdA Hamburg, HASPA, IBAN: DE 78 2005 0550 1206 127183, BIC: HASPDEHHXXX

Hamburger VVN-BdA Termine

So, 11. September, 11 Uhr
Gedenkveranstaltung »Menschen, wir hatten Euch lieb«
Blumen für unsere Toten zum Internationalen Gedenktag für die Opfer von Faschismus und Krieg. Redebeiträge: Ilse Jacob, Christiane und Georg Chodinski. Musik: Song-Gruppe Hamburg
Ort: Friedhof Ohlsdorf, Ehrenhain Hamburger Widerstandskämpfer

So, 25. September, 17 Uhr
Film »Der Schwur des Soldaten Pooley« von Kurt Jung-Alsen, DDR 1961
Ein englischer Soldat überlebt ein SS-Massaker im Frankreichfeldzug. Nach dem Ende des Krieges sucht er den Verantwortlichen. Ohne falsche Rührseligkeit wird die Geschichte, die sich an einer authentischen Begebenheit orientiert, gradlinig und ungeschönt geschildert. (http://www.defa-stiftung.de/jung-alsen-kurt)
Ort: Kommunales Kino METROPOLIS, Eingang Kleine Theaterstr. 10

6. Oktober bis 10. November
Harburger Gedenktage 2016: »Fußball im Nationalsozialismus«
Veranstalterin: Initiative Gedenken in Harburg
Ort: Bücherhalle Harburg, Eddelbüttelstraße 47a, 21073 Hamburg und weitere Orte

Di, 11. Oktober
Stolpersteineinweihung für Alphonse Kahn
Ort: Von-Melle-Park 5, Campus der Universität (vormals Beneckestraße)

So, 30. Oktober, 17 Uhr
Film »Ein Tag – Bericht aus einem deutschen Konzentrationslager 1939« von Egon Monk, BRD 1965
Es geht um einen fiktiven Tag. Die Handlung basiert vor allem auf den persönlichen Erfahrungen des ehemaligen Sachsenhausen-Häftlings Gunter R. Lys.
Ort: Kommunales Kino METROPOLIS, Eingang Kleine Theaterstr. 10

1. bis 14. November
Woche des Gedenkens in Bergedorf

Do, 3. November, 19.30 Uhr
»Gegen das Vergessen«. Veranstaltung des Auschwitz-Komitees in der BRD e. V. zur Erinnerung an die Pogromnacht am 9. November 1938
Ort: Universität Hamburg, DWP (ehemals HWP), Von-Melle-Park 9, Hörsaal, Hamburg

Do, 9. November, 15.30-17.00 Uhr
Mahnwache »Erinnerung und Mahnung« anlässlich des 78. Jahrestages der »Reichspogromnacht«
Veranstalter: VVN-BdA, Jüdische Gemeinde, Universität Hamburg
Ort: Joseph-Carlebach-Platz (Grindelhof), Hamburg
An diesem Ort wurde im faschistischen Deutschland am 9. November 1938 die Bornplatz-Synagoge angezündet.

Mi, 10. November, 19.30 Uhr
Widerständiges Frauenleben: Ingeborg Rapoport – eine Frau, deren Lebensweg durch ihre Erfahrungen in Nazideutschland und im Exil (USA) geprägt wurde.
Lesung im Rahmen der Woche des Gedenkens in Bergedorf
Ort: LOLA, Lohbrügger Landstraße 8, 21031 Hamburg

So, 13. November, 17 Uhr
Film »Charlotte« von Frans Weisz, BRD 1980
Der Film basiert auf der Lebensgeschichte von Charlotte Salomon. Sie floh im Januar 1939 aus Berlin zu ihren Großeltern nach Südfrankreich. Nach Kriegsausbruch erfuhr die junge Frau nicht nur von der Depression ihrer Großmutter, sondern auch vom Selbstmord ihrer Mutter. Gegen die Verzweiflung begann Charlotte zu malen, mehr als 1000 Guachen entstanden. »Leben? Oder Theater?« nannte sie diese Arbeiten. 1943 wurde sie nach Auschwitz verschleppt und ermordet.
Ort: Kommunales Kino METROPOLIS, Eingang Kleine Theaterstr. 10

Aufruf der Landesvereinigung Hessen der VVN-BdA

Verteidigt die hessische Verfassung!

Vor 70 Jahren fand in Hessen eine breite gesellschaftliche Debatte über die Zukunft des Landes statt. Es ging um einen antifaschistisch-demokratischen Neuanfang nach den Erfahrungen mit der faschistischen Terrorherrschaft im Inneren und dem verheerenden Krieg gegen alle Nachbarvölker. Alle Nazigegner wollten politische Konsequenzen ziehen, die Faschismus und Krieg ein für alle Mal aus dem Leben der Völker verbannen sollten. Und in diesem Sinne formulierte man – bei allen politischen Unterschieden – gemeinsame Eckpunkte in der Hessischen Landesverfassung, die die Forderung »Nie wieder!« absichern sollten. Am 1. Dezember 1946 wurde diese Verfassung von der überwältigenden Mehrheit der hessischen Wählerinnen und Wähler angenommen.

Natürlich ist uns bewusst, dass auch in Hessen die Kluft zwischen Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit sehr groß ist. Dennoch bietet die noch gültige Verfassung vielfältige Ansatzpunkte für eine andere politische Wirklichkeit.

Diese Option für eine gesellschaftliche Alternative sollten und dürfen wir als Antifaschisten nicht leichtfertig aufs Spiel setzen.

Daher rufen wir alle Demokraten auf:

- Verteidigt mit uns den antifaschistischen Gehalt der Hessischen Landesverfassung!
- Keine Änderung der Verfassungsgrundsätze!
- Für die Bewahrung und den Ausbau der im Jahr 1946 entwickelten sozialen und demokratischen Rechte!
- Ringen wir mit der Verfassung für ein antifaschistisches Hessen!

Anlässlich des 70-jährigen Jubiläums erheben sich nun Stimmen in der Landesregierung und anderen gesellschaftlichen Kräften, die eine Revision dieser Verfassung fordern. Mit Hinweis auf die immer noch in der Landesverfassung enthaltene Todesstrafe erklärt man, es sei notwendig, nicht mehr zeitgemäße Aussagen der Verfassung zu streichen und eine neue Fassung zur Abstimmung zu stellen.

Wenn man jedoch genauer hinschaut, geht es bei der Verfassungsrevision überhaupt nicht um die »Todesstrafe«, die gemäß Grundgesetz sowieso obsolet ist. Es geht vielmehr um die Eliminierung von Verfassungsgrundsätzen, die der heutigen politischen Wirklichkeit im Wege stehen. Dazu gehören unter anderem:

- die Sanktionierung wirtschaftlicher Macht in Art. 39:

(1) Jeder Missbrauch der wirtschaftlichen Freiheit – insbesondere zu monopolistischer Machtzusammenballung und zu politischer Macht – ist untersagt.
(2) Vermögen, das die Gefahr solchen Missbrauchs wirtschaftlicher Freiheit in sich birgt, ist auf Grund gesetzlicher Bestimmungen in Gemeineigentum zu überführen.

- der Sozialisierungsparagraph Art. 41:

(1) Mit Inkrafttreten dieser Verfassung werden
1. in Gemeineigentum überführt: der Bergbau (Kohlen, Kali, Erze), die Betriebe der Eisen- und Stahlerzeugung, die Betriebe der Energiewirtschaft und das an Schienen oder Oberleitungen gebundene Verkehrswesen;
2. vom Staat beaufsichtigt oder verwaltet: die Großbanken und Versicherungsunternehmen und diejenigen in Ziffer 1 genannten Betriebe, deren Sitz nicht in Hessen liegt.

- das Aussperrungsverbot in Art 29:

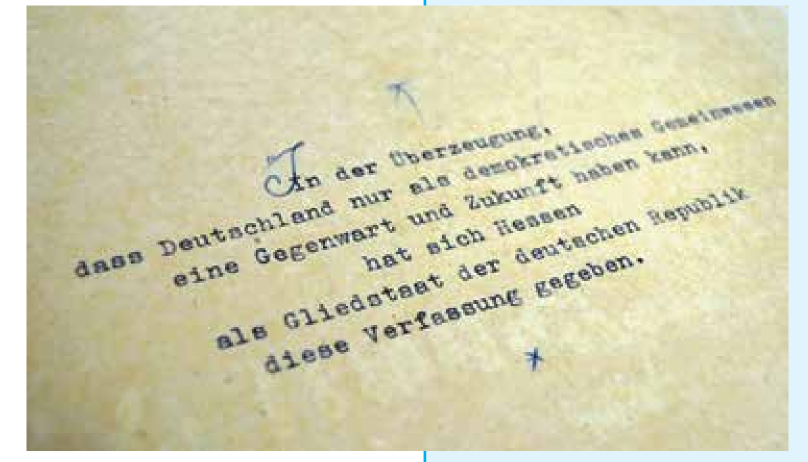
(4) Das Streikrecht wird anerkannt, wenn die Gewerkschaften den Streik erklären.
(5) Die Aussperrung ist rechtswidrig.

- und nicht zuletzt das Friedensgebot der Verfassung in Art. 69:

(1) Hessen bekennt sich zu Frieden, Freiheit und Völkerverständigung. Der Krieg ist geächtet.
(2) Jede Handlung, die mit der Absicht vorgenommen wird, einen Krieg vorzubereiten, ist verfassungswidrig.

Neben diesen Kernthemen gibt es weitere Artikel, aus denen sich Handlungsoptionen für eine demokratische Gestaltung dieses Landes ableiten lassen.

Für alle Demokraten und Antifaschisten muss es deshalb in dieser politischen Auseinandersetzung darum gehen, den antifaschistischen Gehalt der Hessischen Landesverfassung zu verteidigen.



In der Überzeugung,
dass Deutschland nur als demokratisches Gemeinwesen
eine Gegenwart und Zukunft haben kann,
hat sich Hessen
als Gliedstaat der deutschen Republik
diese Verfassung gegeben.

Auf den Sozialstaat orientiert

Vorbildlich

Die Hessische Verfassung ist die älteste noch gültige Verfassung in Deutschland. Sie ist (...) in vielen Bereichen von der damaligen Erkenntnis geprägt, dass es nie wieder Krieg geben dürfe (...) und dass Krieg und Faschismus auch etwas mit wirtschaftlicher Macht und der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu tun haben. Damit hat sie eine eindeutige Ausnahmestellung unter den deutschen Verfassungen.

In dem ersten Hauptteil »Die Rechte des Menschen« befindet sich ein Abschnitt III »Soziale und wirtschaftliche Rechte und Pflichten«. Erwin Stein (CDU), nach Verabschiedung der Verfassung erster Kultusminister und zeitweise auch Justizminister in Hessen sowie später 20 Jahre lang Bundesverfassungsrichter, schrieb in einem Aufsatz im Jahre 1976 zum 30. Jahrestag der Hessischen Verfassung insbesondere zu diesem Abschnitt:

»Von allen Nachkriegsverfassungen ist die Hessische Verfassung das erste Staatsgrundgesetz, das den Wandel von der nur liberal-humanitären zur sozialhumanitären Ordnung vollzogen hat.« Und erläutert das näher mit den Worten: »Mit der Anerkennung der sozialen Achtung des Menschen vollzieht die Verfassung die geistige Wende zum Sozialstaat und erteilt damit den Staatsorganen zugleich den Verfassungsauftrag, eine unverkümmerte freie Existenz der Menschen in den konkreten ökonomischen und sozialen Situationen zu pflegen und zu fördern...«

Die sozialen Grundrechte der Hessischen Verfassung sind zwar in der Sprache ihrer Zeit geschrieben, aber vorbildlich...

Aus der Erkenntnis, dass der deutsche Faschismus ohne die politische und finanzielle Unterstützung der wirtschaftlich Herrschenden nicht an die Macht gekommen wäre, fordert die Hessische Verfassung noch mehr: Jeder Missbrauch der wirtschaftlichen Freiheit zu politischer Macht ist untersagt.

(Zitiert aus einer Beurteilung von Manfred Coppik)

Im November und im März:

Die VVN feiert 70. Geburtstag

In den Jahren 1946 und 1947 gründeten sich an vielen Orten in allen damaligen vier Besatzungszonen Deutschlands lokale und regionale Vereinigungen der Verfolgten des Naziregimes.

In ihnen fanden sich über alle politischen und weltanschaulichen Verschiedenheiten hinweg Überlebende des Naziterrors zusammen, um gemeinsame Interessen zu vertreten und am Aufbau demokratischer und friedlicher Verhältnisse mitzuwirken.

So geschah es auch in Frankfurt am Main, wo am 17. November 1946 im provisorisch wiederhergestellten Teil der Westendsynagoge die Gründung der Frankfurter VVN stattfand.

Vom 15. bis 17. März 1947 wurde dann in Frankfurt am Main auf der 1. Interzonalen Länderkonferenz der VVN ebenfalls in der Westendsynagoge die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes für alle vier Besatzungszonen gebildet.

Beiden vor 70 Jahren stattgefundenen Gründungen wird in Frankfurt mit entsprechenden Feierstunden gedacht. Die Frankfurter VVN will im November dieses Jahres ihre Gründung mit einer entsprechenden Veranstaltung feiern. Ort und Datum werden noch mitgeteilt.

Zur Unterstützung dieses Vorhabens bittet die Frankfurter VVN-BdA um Spenden auf ihr Konto, IBAN: DE28 5001 0060 0011 8456 08.

Die gesamtdeutsche VVN-BdA wird die im März 1947 in Frankfurt am Main stattgefundene Gründung der Gesamt-VVN mit einer Festveranstaltung am 31. März 2017 im Haus Gallus begehen.

Im Anschluss daran wird am 1. und 2. April 2017 der Bundeskongress der VVN-BdA im Haus Gallus stattfinden.



Foto: Hans Zinkeisen

Als eine Erweiterung der Stolpersteine finden nunmehr auch Verlegungen von Stolperschwellen statt. Das sind ebenfalls in den Boden eingelassene Gedenksteine, allerdings in Form einer längeren Messingplatte mit einem längeren Text. Sie werden dort verlegt, wo an einen größeren Kreis von Betroffenen erinnert werden soll, wie z. B. an die über 7.000 Kriegsgefangenen, Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, die von 1940 bis 1945 bei den Opelwerken in Rüsselsheim geschunden und gequält wurden und von denen mehrere Hunderte ums Leben kamen.

Die erste Stolperschwelle dieser Art in Hessen wurde vor dem alten Eingang des Rüsselsheimer Opelwerkes verlegt. Daran wirkten auch Schülerinnen und Schüler der Gerhart-Hauptmann-Schule mit, die Einzelschicksale der Zwangsarbeiter/innen recherchierten und ihnen so ihren Namen gaben.

Das Schauspiel Frankfurt im Oktober:

Wieder Ort der Begegnung

Mit den Themen Flucht und Vertreibung, Krieg und Terror, aber auch Radikalisierung und Angst hatte sich das Schauspiel Frankfurt bereits im Januar im Verlauf des Festivals »Fluchtpunkt Frankfurt« auseinandergesetzt.

Dabei gab es Diskussionen, Lesungen, Vorträge, Aufführungen und vor allem Begegnungen zwischen Flüchtlingen und »Einheimischen«, zwischen Jugendlichen und Erwachsenen, und dabei vor allem auch gemeinsame Tätigkeiten und Annäherungen.

Nach dem erfolgreichen Verlauf der Veranstaltung im Januar wird das Schauspiel Frankfurt nunmehr im Oktober für ein Wochenende (22./23. Oktober) wieder zu einem Ort der Begegnung, des Austausches und der Auseinandersetzung werden; es wird ein zweites Festival »Fluchtpunkt Frankfurt« geben.

Mit Diskussionen, Vorträgen, Begegnungen, inhaltlich angebundenen Gastspielen und einem gemeinsamen Fest soll der im Januar erfolgreich begonnene Dialog fortgesetzt und intensiviert werden.

Das Junge Schauspiel lädt wieder geflüchtete und hier beheimatete Jugendliche ein, sich auszutauschen, wechselseitig zu unterstützen und in Workshops mit internationalen Experten spezielle Formen des politischen Theaters zu erproben.

Das Theater als ein richtiger Ort, um Debatten zu führen über Flucht, Krieg und Terror, um Fragen zu stellen, miteinander zu reden, Gemeinschaftsgefühl zu erleben, Grenzen aufzuheben – so schilderten Beobachter und Teilnehmer des ersten Festivals ihre Eindrücke und Erlebnisse. So soll es im Oktober wieder werden.

Zum Gastspielprogramm gehören Elfriede Jelineks »Wut«, dargeboten von den Münchner Kammerspielen, die »Syrien-Monologe« vom Ashtar Theatre und das »Hemsbach Protocoll« von Mammalian Diving Reflex.

Weitere Informationen zu den Veranstaltungen, Workshops und Aufführungen ab Anfang September unter www.schauspielfrankfurt.de

Vorgesehen für den 25. Februar:

Die hessische Landesversammlung

Die nächste Landesversammlung der hessischen VVN-BdA mit der Neuwahl der Landessprecherinnen und Landessprecher (SprecherInnen-Rat) wird am 25. Februar 2017 in Gießen/Klein-Linden stattfinden. Das hat der Landesausschuss am 1. August 2016 beschlossen. Der genaue Ort und Zeitpunkt sowie die Tagesordnung werden noch bekanntgegeben. Kreisvereinigungen und Mitglieder, die Anträge an die Landesversammlung stellen wollen, sollten dies rechtzeitig tun, damit die Anträge mit der Tagesordnung veröffentlicht werden können. Dies gilt insbesondere für satzungsändernde Anträge.

»Stammtischkämpfer«-Ausbildung

AgR: Erfolgreicher Start

Die Frankfurter VVN-BdA führte am 30. Juli im Club Voltaire eine erste »Stammtischkämpfer-Ausbildung« durch, die sich als Beitrag zur Kampagne »Aufstehen gegen Rassismus« verstand.

Trotz der kurzfristigen Ankündigung und Vorbereitung hatten sich sieben Personen eingefunden. Als Teamer war Dieter Bahndorf von der Frankfurter VVN-BdA tätig. Inhalt und Verlauf der Schulung wurden von den Teilnehmern als sehr fruchtbar und erfolgreich bewertet. Alle Beteiligten waren sehr zufrieden und äußerten den Wunsch, solche Aktivitäten fortzusetzen.

Redaktion: P. C. Walther, Landesverband der VVN-BdA Hessen, Eckenheimer Landstraße 93, 60318 Frankfurt a. Main, Telefon und Fax: 069 / 5 97 05 24

Wir bitten um Spenden für den Landesverband!
Spendenkonto: VVN-BdA Hessen
Postbank Frankfurt, BIC: PBNKDEFF
IBAN: DE86 5001 0060 0049 3306 02

Neue Broschüre der VVN-BdA Lüneburg erschienen

Manzkes Vergangenheitsbewältigung

Eine besondere Art deutscher »Erinnerungskultur« ist seit einiger Zeit im beschaulichen Lüneburg zu besichtigen: Einer der finanzkräftigsten und einflussreichsten Männer der Stadt ließ sich über seine Stiftung im öffentlichen Raum einen »Friedenspfad« installieren, der an 24 markanten Stellen der Innenstadt über Stelltafeln die Geschichte des jeweiligen Platzes interpretiert, ein Hingucker für Einheimische und vor allem Touristen – und ganz im Stile der »Vergangenheitsbewältigung« der 1960er-Jahre.

Stiftungsgeber und Sponsor Eberhard Manzke, einer der größten Bauunternehmer am Ort, zuweilen zusätzlich aktiv als Präsident der IHK Lüneburg-Wolfsburg, Chef des Arbeitgeberverbandes und Mitglied der CDU im Rat der Stadt (dort logischerweise im Bauausschuss tätig), spendete einige steuerabzugsberechtigte zehntausend Euro, um die (überwiegend NS-)Geschichte des Ortes in seinem Sinne öffentlich und permanent zu deuten und einem breiten Publikum kundzutun. Sein Hauptanliegen: Er möchte in der ehemaligen Gau-Hauptstadt den Zustand einer »gespaltenen Erinnerung« der einst »gegnerischen politischen und gesellschaftlichen Gruppen überwinden und zu Toleranz, gegenseitigem Verständnis und gesellschaftlicher Integration beitragen« (aus dem Prospekt »Friedenspfad«).

Geschichtsvergessenheit

Das Bemühen, nationalsozialistischen Verbrechen, Militarismus und Inhumanität mit »Toleranz und Verständnis« gegenüberzutreten, ist gelungen: Das Denkmal für Lüneburgs Dragoner-Militäreinheit, die zu früheren Zeiten für ihre Mordtaten als »Helden von Deutsch-Südwest« gefeiert wurden, ein Monumentalbau von Pferd und Militärreiter von über sechs Metern Höhe, zeigt nach Deutung des Wirtschaftsbosses: »Ross und Reiter in natürlicher Haltung traben … nicht überzogen pathetisch und heroisch«. 1939 freilich, als dieses Nazi-Denkmal eingeweiht wurde, war die Deutung noch eine andere, als unter den »hohen Fahnenmasten mit den leuchtenden Bannern des Dritten Reiches … ein Ehrensturm der SA, eine Abordnung der Hitlerjugend und sämtliche Lüneburger Kameradschaften des NS-Reichskriegerbundes (sich) die Ehre der Teilnahme an dem Weiheakt gaben«, wie die örtliche Presse seinerzeit berichtete. Und Generalleutnant von Bodelschwingh pries in seiner »Weiherede« »die Größe des Reiches« sowie den Führer, »der uns … heißt, als furchtlose Soldaten hindurchzuschreiten durch die erregte Umwelt, zu spotten ihres blöden Getönes von Ost und West und Übersee … bereit, uns nach Ostland zu tragen« wie das Monument des Dragoner-Reiters »der, nicht achtend der feindlichen Geschosse, mutig und ruhig reitet seines Weges, seinem Ziel zu, getreu seinem Auftrag«.

Umdeutungen

Nach Ansicht der Geschichtsinterpreten in ähnlich »friedvoller Absicht«, dafür aber mit hohen »Verlusten« waren seinerzeit die weiteren Militäreinheiten Lüneburgs 39-45 unterwegs, deren Kameradschaften sich auf Gedenksteinen und Bronzemonumenten (dabei ein erstklassiger Breker-Verschnitt) nach getaner Arbeit ihre öffentliche Darstellungen im Stadtbild schufen. Die Kapelle der größten Kirche des Ortes, wo zwei begüterte Familien es sich leisten konnten, zum Andenken an ihre 14-18 und 39-45 »gefallenen Söhne« je ein Fenstermosaik gestalten zu lassen, wird von den Neuinterpreten als »Gedenkstätte für die Opfer der beiden Weltkriege« vorgestellt. Der Soldatentod war deutsch. Aus der Volksgemeinschaft wird eine Opfergemeinschaft. In ähnlicher Form wird ein »Mahnmal für die Kriegsgefangenen« gedeutet, ebenso ein »Gedenkstein für den Eisernen Vorhang«, denn schließlich hatten die Volksgenossen nach 1945 besonders zu leiden.

Der Gaubefehlsstand der NSDAP wird flugs zu einem »Ort des Gedenkens« umgewidmet und eine Bronzefigur, von ihrem Künstler bei ihrer Einweihung in Stuttgart noch »Erinnerung an Ostpreußen« genannt als Reminiszenz an die vormalige Wirkungsgegend des Modellierers, wird nun, nachdem sie vor das Lüneburger Ostpreußische Landesmuseum platziert wurde, im Auftrage des Bauunternehmers als »Mahnmal der Flucht und Vertreibung« dargeboten.



Kritik des „Friedenspfades" der Friedensstiftung Günter Manzke

Zur Lüneburger „Erinnerungskultur" im öffentlichen Raum und vom Versuch, sich die Vergangenheit zurechtzubiegen



Nazis gab es in der Gauhauptstadt Lüneburg nicht, lediglich die Gestapo, Helfershelfer aus dem Bürgertum auch nicht und einen NS-Widerstand lediglich aus dem Kreis des 20. Juli 1944.

Problemloser Stadtrat

Der Kulturausschuss und Rat der Stadt (eine Koalition aus SPD und Die Grünen) hatte keine Probleme mit dieser Neuinterpretation und Darstellung der NS-Stadtgeschichte im öffentlichen Raum, winkte den Friedenspfad gemeinsam mit den Konservativen durch die Instanzen und erschien zahlreich mit weiterer Lokalprominenz beim Bauunternehmer bei der Einweihung dieses Werkes nicht etwa an einem 27. Januar oder 8. Mai, sondern an einem Jahrestag mit einschlägiger Symbolik, am 23. August 2014. Diese ausdrückliche Bezugnahme auf den deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag (»Hitler-Stalin-Pakt«), von Giordano als »Verleugnungsarbeit« beschrieben, als kollektive Affekte der Schuldabwehr der Deutschen nach dem Prinzip der Aufrechnung, der Kompensation, begründeten die Geschichtsdeuter mit den Worten: »Niemand will begangene Verbrechen gegeneinander aufrechnen. Das Gegenteil ist der Fall: Wir ziehen nichts von den unfassbaren Grauen des Holocaust ab, … sondern wir addieren das Böse stalinistischer … Verbrechen dazu, die darunter noch nicht begriffen sind.« »Vergangenheitsbewältigung« der 1960er-Jahre eben, neu aufgelegt und den aktuellen politischen Bedürfnissen angepasst.

Eine kurze Darstellung der Firmengeschichte des Sponsors und eine ausführliche Kritik dieses Friedenspfades wurde von der Lüneburger VVN-BdA in einer Broschüre veröffentlicht und kann zum Preis von 5,- Euro bestellt werden unter: vvn-bda-lg@web.de.

Peter Asmussen

Artikel und Fotos (in hoher Auflösung) für das MTB bis zum 8. in geraden Monaten immer an mtb-niedersachsen@vvn-bda.de VVN-BdA Landesvereinigung Niedersachsen e.V., Rolandstr. 16, 30161 Hannover, Tel.: 0511-331136, FAX: 0511-3360221, E-Mail: niedersachsen@vvn-bda.de. Redaktion: Michael Rose-Gille

Wir würden uns über Spenden für die Arbeit unserer Landesvereinigung auf das Konto bei der Postbank Hannover, IBAN DE17 2501 0030 0007 5103 07, BIC PBNKDEFF, sehr freuen.

Intensive freundschaftliche Gespräche mit französischen Antifaschisten in Braunschweig

Delegation aus Dieppe gedenkt der Rieseberg-Opfer

Nur zwei Tage lang waren die drei Kameraden Richard Flamein, Gilbert David und Jacques Halingre von den Organisationen AMFD (Amis de la Fondation pour la Mémoire de la Déportation) und ANACR [Association Nationale des Anciens Combattants et Ami(e)s de la Résistance] aus Dieppe diesmal in Braunschweig, um wie jedes Jahr mit uns am 4. Juli der 1933 in Rieseberg ermordeten elf Gewerkschafter zu gedenken.

Richard, Vorsitzender der AMFD Dieppe und Leiter der Delegation, ist gerade Gastprofessor an einer kalifornischen Universität und hatte daher nur begrenzt Zeit, aber diese wurde mit vielen Gesprächen und der Teilnahme an der Gedenkveranstaltung am 4. Juli intensiv genutzt.

Sie begann traditionell mit der Kranzniederlegung am Ehrenmal für den ehemaligen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Heinrich Jasper, der noch kurz vor der Befreiung des KZ Bergen-Belsen gestorben war. Anschließend ging es zum Hauptfriedhof an der Helmstedter Straße, wo die VVN-BdA schon temporäre Gedenktafeln für weitere NS-Opfer wie Minna Faßhauer und Adolf Fuhst, an die sonst nirgendwo in Braunschweig gedacht wird, aufgestellt hatte. Am Denkmal für die elf Rieseberg-Opfer legte auch unsere französische Delegation einen Kranz nieder. Im Gegensatz zu früher, wo die Kränze immer ohne Reden und



Foto: Stefan Hölzer

Delegation aus Dieppe vor dem Rieseberg-Denkmal, v.l. Richard Flamein, Gilbert David, Jacques Halingre

ohne würdiges Gedenken fast schon im Eiltempo »abgeworfen« wurden (so unser Eindruck), erinnerten in diesem Jahr erstmals zwei junge Gewerkschaftsmitglieder in kurzen Redebeiträgen an die Opfer und sprachen über ihre historische Verantwortung. Danach fuhren die Busse an den historischen Ort des Verbrechens, den Pappelhof in Rieseberg bei Königslutter. Der abgelegene Hof war bis Mai 1933 in Gewerkschaftsbesitz und wegen seiner Abgeschiedenheit als Ort für Folter und Mord an den elf Opfern ausgewählt worden (s. auch de.wikipedia.org/wiki/Rieseberg-Morde).

Nach einem letzten Abend, an dem wir uns mit unseren französischen Freunden über die Ereignisse des Tages sowie die aktuellen politischen Entwicklungen in Frankreich, Deutschland und Europa austauschten, ging es für die drei Kameraden am Dienstagmorgen wieder zurück nach Frankreich. Der nächste Besuch von uns zur Feier des 8. Mai 2017 in Dieppe ist schon fest eingeplant.

Stefan Hölzer

Bad Nenndorf 2016 einmal anders:

Widerstand trägt Früchte!

Der erste Sonnabend im August war anders: keine Polizeiabsperrungen und Straßenkontrollen, kein schweres Gerät wie in den neun Jahren zuvor – nur wenig Polizei in leichter Montur. Die Nazis haben ihren perfiden »Trauermarsch« zum Wincklerbad, das die britische Besatzungsmacht in den ersten Nachkriegsjahren als Verhörzentrum genutzt hatte, bis auf weiteres abgesagt.

Kaum einer glaubt hier noch, dass sie dazu erneut mobilisieren könnten. Der Hohn und Spott, die Stimmung auf der Partymeile in den Lokalen entlang ihrer »Marschroute«, organisiert durch die Bürgerinitiative »Bad Nenndorf ist bunt«, wird sie von Jahr zu Jahr mehr frustriert haben. Man darf auch nicht die beharrlichen und einfallsreichen Blockademanöver von Antifaschisten der Region vergessen, die ihnen regelmäßig mühevolle Umwege auferlegten – trotz des massiven Schutzes ihres »Demonstrationsrechts« durch die Polizei!

Ein Grund also für die Bürgerinitiative, nach Bad Nenndorf einzuladen, zwar nicht zum unmittelbaren Widerstand, wohl aber zur Erinnerung an die Ereignisse der letzten Jahre und – nicht zuletzt – zum unbeschwerten Feiern! Nach dem ökumenischen Gottesdienst im Kurpark mit immerhin 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern gab es die Auftaktkundgebung am Gedenkstein für die ermordeten Jüdinnen und Juden. Sie wurde musikalisch eingeleitet und begleitet von dem bewährten Duo »Kopf&Hut« mit unserem Kameraden Hartmut. Wichtige Erkenntnis in allen Beiträgen war, dass die Freude über den heutigen Erfolg nicht vergessen machen darf, dass der braune Ungeist in den Köpfen fortlebt und jederzeit – wenn nicht hier, so doch andernorts – wieder aufleben wird. Besonders erfreulich war, dass Steffen Holz vom DGB – langjähriger Mitorganisator des Widerstands – und Ingo Arlt von der IG Metall auch für die Zukunft die Entschlossenheit der Gewerkschaften zur Fortführung der Auseinandersetzung mit rechtem Gedankengut auch in der eigenen Mitgliedschaft versicherten.

Sigrid Bade vom örtlichen VfL, der die Initiative wohl die Mitwirkung dieses Sportvereins verdankt, und ihre Mitstreiterin Gitta Mathes gaben mit ihrem Beitrag »Widerstand trägt Früchte« der Kundgebung eine besonders optimistische Note. Gitta Matthes erzählte dann die Geschichte des kleinen Apfelbäumchens, das – von der Initiative neben dem Gedenkstein am Kundgebungsort gepflanzt – in diesem Jahr zum ersten Mal Früchte trägt. Es sind Korbiniansäpfel, so benannt zu Ehren des widerständigen Pfarrers und Obstzüchters Korbinian Aigner. Er züchtete im KZ Dachau drei Sorten: KZ 1, 2 und 3. Nur KZ 3 ist erhalten geblieben, eben der Korbiniansapfel. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurden gebeten, auf großen Tafeln mit Bildern der Äpfel zu unterschreiben. Dann ging ein fröhlicher Zug hinter dem großen Transparent der Initiative ungestört und fröhlich zum Wincklerbad. Nach einer Abschlusskundgebung an diesem denkwürdigen Ort war Partytime.

Korbinians Apfelbäumchen der Sorte KZ 3, von dem im KZ Dachau eingesperrten Pfarrer Korbinian Aigner gezüchtet und vor einigen Jahren in Bad Nenndorf gepflanzt, trägt zum ersten Mal Früchte.

rwk

Veranstaltungen

23.09., ab 17 Uhr bis 24.09.2016, 17 Uhr
Wiss. Tagung »Ganz normales Amtswalten: Zum Handeln staatlicher Organe im Nationalsozialismus. Beiträge zur Region Hannover«. www.geschichte-bewusst-sein.de/ganz-normales-amtswalten-zum-handeln-staatlicher-organe-im-nationalsozialismus/ Hannover, Haus der Region, Hildesheimer Straße 18

1.10.2016, ab 10 Uhr
Tagung »Heimat in der Fremde. Zwangsarbeiter, Vertriebene und Flüchtlinge in Deutschland nach 1945«. Jugendherberge Goslar, Rammelsberger Str. 25, Anmeldung bis 23.09. unter info@gedenkstaette-moringen.de , Tel. 05554-2520 (10,- EUR Verpflegungspauschale)

14.-16.10.2016
Tagung »Kriegsgefangene in deutschem Gewahrsam 1939-1945«. Veranstalter: Stiftung niedersächsische Gedenkstätten, Celle (Gedenkstättenförderung Niedersachsen). Hannover, Hotel Amadeus, Fössestraße 83

Warum gerade bei einer Friedensaktivistin so strenge Maßstäbe?

Zur Berichterstattung im Fall Petra Hinz

Irgendwann vor vielen Jahren hat Petra Hinz (54) von der Essener SPD einen großen Fehler gemacht und sich eine geschönte Biografie gebastelt. Sie kam in den Bundestag, und im Juli 2016 flog die fehlerhafte Biografie auf. Es setzte eine große Hetze gegen sie ein. Die Medien gebärdeten sich, als wäre sie durch Wahlbetrug in den Bundestag gelangt und gehörte eingesperrt. Warum dies und warum nur gegen sie?

Es wäre doch auch denkbar, daran zu erinnern, dass wir eine Doktorarbeitsfälscherin als bundesdeutsche Botschafterin beim Vatikan (!) haben. Und sollte die Zeitung nicht mal über die Bemühungen der CSU um Reaktivierung des Plagiators von und zu Guttenberg berichten? Sinnvoll wäre es auch, darüber zu schreiben, wie viele Fragenbogenfälscher aus den Entnazifizierungsverfahren wieder in der BRD ganz groß rausgekommen sind. Kann es sein, dass gegen Petra Hinz die volle Strenge angewendet wird, weil sie nie für einen deutschen Kriegseinsatz gestimmt hat? Petra Hinz sollte sich bei den Wählerinnen und Wählern entschuldigen, aber ansonsten auf dem Posten bleiben. Sie ist die einzige SPD-Politikerin in NRW, die sich an Protesten gegen die Vorbereitungen der Bundeswehr für Drohnenkriege und auf Einsätze an der russischen Grenze von NRW aus beteiligt hat. Sie hat dies getan bei Kundgebungen der Friedensbewegung. Die Landesregierung hat zu dem auch von Petra Hinz aufgedeckten Skandal geschwiegen.

Die von Hinz unterstützte Friedensdemonstration »Keine NATO-Planung neuer Kriege – Keine Werbung fürs Inferno« gegen die JAPCC-Tagung in Essen vom November 2015 findet auch in diesem Jahr statt. Am 3. Oktober 2016 wird wieder gegen die Kriegsvorbereitungen in NRW demonstriert. Und zwar sowohl in Kalkar als auch in Essen.

Ulrich Sander



Foto: Vogler

Am 3. Oktober geht es wieder gegen die NATO- und Bundeswehr-Kommandozentrale in Kalkar – diesmal mit einer Doppel-Aktion: Zuerst geht es am Vormittag nach Kalkar/Uedem, von wo aus die Bundeswehr-Luftwaffeneinsätze, auch Drohnenkämpfe, gesteuert werden und von wo aus die NATO den Luftraum nördlich der Alpen bis zum Ural kontrolliert. Anschließend fahren wir nach Essen, wo um 15 Uhr eine Friedenskundgebung gegen die am Folgetag startende NATO-Kriegskonferenz des Joint Air Power Competence Center (JAPCC) beginnt. In Kalkar wird u. a. der bekannte Journalist und Buchautor Andreas Zumach sprechen. Busse aus verschiedenen Städten werden organisiert. Zur Essener Aktion hat Konstantin Wecker einen Text gemacht. Nähere Infos unter www.demo-kalker.de



Ein Zeichen gegen Hass und Fremdenfeindlichkeit: Die Ballonwiese im Düsseldorfer Volksgarten war am 6. August wieder Festival-Areal. Bei freiem Eintritt stellten zahlreiche Initiativen und Organisationen an Informationsständen ihre Aktivitäten gegen rechts vor. Highlight war das große Bühnenprogramm mit fünf Bands. Bei bestem Wetter boten die zahlreichen Stände und Treffpunkte Gelegenheit für Informationen, Diskussionen und natürlich auch Verpflegung. **Fotos: r-mediabase.de**

Komplizierte Protestlage in Köln

Weder Putsch noch Ein-Mann-Diktatur

Der gescheiterte Militärputsch in der Türkei und der darauf folgende kalte Staatsstreich von Präsident Erdogan waren der Grund für eine Solidaritätsmahnwache mit den demokratischen Kräften in der Türkei (s. Foto).

Unmittelbarer Anlass war die von der »Union Europäisch-Türkischer Demokraten«, einem mutmaßlich von der türkischen Regierungspartei AKP gesteuerten Erdogan-Fanclub, organisierte Großkundgebung am Kölner Rheinufer, an der sich mehrere zehntausend Menschen, darunter auch viele türkische Faschisten aus mehreren Ländern Europas, beteiligten. Kurzfristig riefen die Kölner Gruppe der Föderation Demokratischer Arbeitervereine (DIDF), die Kölner VVN-BdA, der Arbeitskreis Zivilklausel der Universität Köln, das Kölner Friedensforum und die DKP-Köln für den 30. Juli dazu auf, sich auf dem Rudolfplatz zu versammeln, um für eine demokratische, friedliche, laizistische und freiheitliche Türkei und den Stopp der Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der türkischen AKP-Regierung zu demonstrieren.



Türkei-Mahnwache am 30. Juli 2016 in Köln. Foto: Klaus Müller

Zu den etwa 70 Personen sprachen der Bürgermeister des Kölner Stadtbezirks Innenstadt, Andreas Hupke (Grüne), die Kölner ver.di-Vorsitzende Heidrun Abel, Peter Foerster (AK Zivilklausel und Kölner Friedensforum), Imdat Salman (DIDF) und Peter Trinogga (VVN-BdA). »Weder Putsch noch Ein-Mann-Diktatur« – darüber waren sich alle einig, und natürlich auch in der Ablehnung der politischen Hexenjagd in der Türkei, die sich in tausenden von Verhaftungen, zehntausenden Entlassungen von Staatsbediensteten und dem Verbot vieler Medien deutlich macht. Mehrmals wurde auch die Forderung nach dem sofortigen Ende der militärischen Zusammenarbeit zwischen der Türkei und der Bundesrepublik gestellt. Der Redner der VVN-BdA wies im Zusammenhang mit einer für den 31. Juli angekündigten Demonstration der rassistischen Kleinstpartei pro NRW darauf hin, dass sich deutsche Neonazis und türkische Nationalisten inhaltlich erstaunlich ähnlich seien. Im Interesse der Menschen sei jeglicher Nationalismus abzulehnen.

Peter Trinogga

Spurensuche zu Verbrechen der Wirtschaft und zu weiteren Tätern

Geschichtskongress zeigt erste Wirkung

Nachdem beim Geschichtskongress der VVN-BdA auf das Erfordernis der Umwandlung belasteter Straßen- und Gebäudenamen, besonders auch belastet durch Namen aus der die Nazis fördernden Wirtschaft, aufmerksam gemacht wurde, gehen bei der VVN-BdA NRW zahlreiche Hinweise ein. Eine Auswahl:

Aus Wuppertal wurde berichtet: Hier ist tatsächlich von einer Ehrentafel an einem Industriellenhaus die Rede, nicht von einer Warntafel, nämlich zu Heinrich Hörlein, Zwangsarbeiterschinder, angeklagt in Nürnberg im IG Farben-Prozess 1946 wegen Verdachts der Zyklon-B-Herstellung. Mit Zyklon B wurden Millionen Juden, Slawen und Roma ermordet.

Meldung aus Brandenburg: In Pritzwalk in der Prignitz/Brandenburg gibt es die Herbert-Quandt-Grundschule (Klasse 1 bis 6). Jedoch wird im Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit, Britzer Straße 5, 12439 Berlin noch bis November die Ausstellung »Batterien für die Wehrmacht – Zwangsarbeiter bei Pertrix 1939-1945« gezeigt, in der derselbe Herbert Quandt als Sklavenhalter und Schuldiger am Tod vieler Menschen entlarvt wird. Ohne die Batterien von Quandt wäre der Krieg nicht möglich gewesen. Ein Spurensucher schreibt: »Warum hat sich die Schule in dem neuen Bundesland Brandenburg den Namen Quandts gegeben? In der DDR hieß sie doch gewiss ganz anders. Und warum hält man an dem Namen fest, obwohl in Berlin die Fakten vorgelegt wurden?«

Aus Schleswig-Holstein wird uns geschrieben: Der CDU-Politiker Dr. Gerhard Gerlich hat in der NS-Zeit in Schleswig-Holstein den Schuldienst von »untragbaren Elementen« gesäubert. In Trappenkamp/Kreis Bad Segeberg war bis August eine Schule nach diesem NSDAP-Mitglied und SS-Mann benannt. Gerlich (1911-1962) war 1950 bis 1962 CDU-Landtagsabgeordneter und 1950-1954 parlamentarischer Staatssekretär im Kultusministerium in Kiel. Schülern war die Ehrung für den Nazi im Jahr 2010 aufgefallen. Erst jetzt konnte erreicht werden, dass der Name der Schule geändert wurde. Im Entnazifizierungsverfahren hatte Gerlich seine Nazilaufbahn verschwiegen.

Die bayerische Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-BdA lud im Juli zu einer Veranstaltung anlässlich der »Spurensuche« zur NS-Vergangenheit ins Gasthaus zur Gred in Freising ein. Dr. Guido Hoyer sprach über »Die Schlüter-Fabrik in der NS-Zeit«. Schlüter war eine Traktorenfabrik in Freising und München. In den 90er Jahren wurde sie stillgelegt, ihre Reste stellen ein Kulturdenkmal dar. Ob dort auch an die ehemalige Zwangsarbeiterausbeutung erinnert wird? Wohl nicht, wie Dr. Guido Hoyers Referat zu entnehmen war. Zwangsarbeiter bei Schlüter erlitten schwere Qualen und schlechte Behandlung.

Weitere Nachrichten bitte an: nrw@vvn-bda.de

70. Jahrestag der VVN-BdA NRW

Feiern und nach vorn schauen

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, Landesvereinigung Nordrhein-Westfalen, wurde am 26. Oktober 1946 in Düsseldorf von den Delegierten der über 50.000 Naziopfer des Landes gegründet.

In der VVN organisierten sich Frauen und Männer, die während der Naziherrschaft verfolgt wurden, den Holocaust überlebt, Widerstand geleistet haben oder vor dem Hitlerfaschismus fliehen mussten. Seit 1971 trägt sie den Zusatznamen »Bund der Antifaschist/innen«, denn von da an konnten auch Hinterbliebene und jüngere Antifaschistinnen und Antifaschisten Mitglied werden. Diese Personengruppe stellt heute den Großteil der rund 1.000 Mitglieder in unserem Bundesland. Sie wirken als »Zeugen der Zeugen«.

Auf dem VVN-Gründungskongress betonte der Ministerpräsident Rudolf Amelunxen (Zentrum) vor den Vertretern aller demokratischen Parteien, der christlichen Kirchen und anderen Religionsgemeinschaften, darunter der jüdischen: »Als ganz Deutschland ein Zuchthaus war, waren Sie diejenigen, die ihre Pflicht gegenüber dem Vaterland erfüllt haben und dafür viel Bitternis erdulden mussten. Für Ihre Haltung und Ihr Beispiel schuldet das deutsche Volk und ganz Europa Ihnen Dank.«

Heute gibt unsere Organisation Anstöße für die Verteidigung von Frieden und Demokratie, leistet sie Beiträge zur internationalen Solidarität, für das Erinnern an den Widerstand. Sie setzt Zeichen gegen die Versuche, die Geschichte zu verfälschen und sie zu vergessen. Wir begehen unseren 70. Jahrestag unter dem Motto: »Demokratie verwirklichen! Frieden schaffen! Nazis, Militaristen und Rassisten stoppen!«.

Der 70. Jahrestag der VVN-BdA von NRW soll am 29. Oktober im Düsseldorfer ZAKK (Fichtenstr. 40, Eintritt 12,- Euro, Beginn 13 Uhr) gefeiert werden. Ein ansprechendes Programm ist in Vorbereitung. Ziel ist es, viele neue Mitglieder zu gewinnen. Bitte unbedingt den Termin vormerken. Und auf www.nrw.vvn-bda.de auf dem Laufenden bleiben.

Wir möchten hiermit einladen, an der Geburtstagsfeier und Kulturveranstaltung zum 70. Geburtstag der VVN NRW teilzunehmen.

Übrigens hat die VVN Bochum im September 1946 den Reigen der VVN-Gründungen eröffnet. Die Kreisorganisation feiert dies am 24. September 2016.

FIR-Ausstellung zum Widerstand in Europa

Präsentation in Dortmund

Die Antifaschistinnen und Antifaschisten im Ruhrgebiet haben ein großes Projekt vor sich: Die Ausstellung »Antifaschistischer Widerstand in Europa 1922-1945« kommt nach Dortmund. Vom 26. September bis zum 9. Oktober 2016 wird die Ausstellung in einer noch zu bestimmenden Dortmunder Halle gezeigt. Die Schirmherrschaft hat Dortmunds Oberbürgermeister Ullrich Sierau übernommen.


Foto: Jörg Meinke

Die Ausstellung wird gemeinsam mit dem Förderverein Steinwache/Internationales Rombergparkkomitee präsentiert. Sie wurde von der FIR – Föderation der Internationalen Widerstandskämpfer – geschaffen. Wer bei der Ausstellungsbetreuung mithelfen möchte, wende sich an vvndortmund01@googlemail.com oder 0172 78 11 401. Dort ist auch der Ausstellungsort zu erfragen.

Eine Begleitveranstaltung steht schon fest, weitere sind geplant. Am Donnerstag, 29. September, 18-20 Uhr referiert Ulrich Sander in der Steinwache zum Jugendwiderstand.

US/WD

Redaktion: Ulrich Sander, Landesbüro der VVN-BdA NRW, Gathe 55, 42107 Wuppertal, Telefon: 0202 / 45 06 29, E-mail: nrw@vvn-bda.de; www.nrw.vvn-bda.de.
Unser Spendenkonto: Postbank Essen, IBAN: DE 03 3601 0043 0028 2124 35

Suche nach den mutmaßlichen Mördern von 126 Zwangsarbeitern wird eingestellt

In anderen Fällen wird weitergesucht

Die Suche nach dem Verbleib von 126 im April 1945 von den Nazischergen in Rummenohl bei Hagen verhafteten und mit unbekanntem Ziel von ihren Peinigern verschleppten montenegrinischen Zwangsarbeitern will die Staatsanwaltschaft Dortmund einstellen.

Heimatforscher, Heimatverein und Stadtarchiv von Lüdenscheid hatten die Öffentlichkeit wiederholt über den Fall der verschwundenen Jugoslawen informiert, die möglicherweise einem Verbrechen zum Opfer gefallen sind, an dem der Gauleiter Albert Hoffmann im April 1945 hauptsächlich beteiligt war.

Der Dortmunder Förderverein Steinwache/Internationales Rombergparkkomitee hat im vergangenen Jahr den Fall im Rahmen der Aktion »Last Chance« (letzte Chance für die Aufklärung von Naziverbrechen) aufgegriffen und bei der zuständigen Dortmunder Staatsanwaltschaft Strafanzeige erstattet. Er erhielt nun eine Absage. Erwiesen ist, dass mindestens 38 der Montenegriner den Zweiten Weltkrieg überlebt haben. Die anderen 88 Fälle können nicht mehr aufgeklärt werden.

Doch Staatsanwalt Andreas Brendel von der Zentralstelle von NRW für die Bearbeitung von NS-Massenverbrechen will in anderen Fällen weitermachen. Gegen acht frühere Mitglieder der SS-Mannschaft im Konzentrationslager Stutthof wird nun ermittelt. Die Zeitung »Die Welt« stellte dazu die Frage, warum plötzlich so viele greise KZ-Täter angeklagt werden. »Das Prinzip sei einfach: Mord verjährt nicht, und auch nicht Beihilfe zum Mord. Wenn also zum Beispiel ein Mitglied der SS-Sanitätskompanie im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau nachweislich zum ›Desinfektionsdienst‹ in einem der Krematorien eingeteilt war, konnte darauf der Vorwurf hundert- oder sogar tausendfachen Mordes gestützt werden. Denn die Sanitätsunteroffiziere der Lager-SS leerten in diesem Dienst die Büchsen mit dem Zyklon B genannten Blausäurepräparat in die mit Menschen vollgestopften Gaskammern.«

Dazu sollte aber auch gefragt werden: Wer da die Büchsen mit dem Zyklon B anwandte, kann noch bestraft werden? Aber wer sie herstellte und lieferte nicht? Es lieferte u. a. die IG Farben – noch heute gibt es die Nachfolger der IG: Bayer, Degussa und Evonik. IG Farben und Degussa betrieben gemeinsam Degesch, den Zyklon-B-Hersteller; Nachfolger von Degussa ist Evonik (Essen). Und der Name dieses Nachfolgekonzerns der Täter steht auf den Trikots vieler tausend Menschen in Dortmund, wenn der BVB spielt. Wer denkt daran, wenn er die gelbschwarzen Trikots sieht? Sollte man sich nicht genauer damit befassen? ***U. S.***

Nazibanden müssen aufgelöst werden

Mordanschlag in Dortmund

Ein junger Antifaschist ist am hellichten Tag in der Innenstadt West von einer dreiköpfigen Gruppe überfallen und durch Messerstiche verletzt worden.

Die Gruppe zeigt alle Zeichen einer kriminellen faschistischen Vereinigung. Offenbar stand der Überfallene im Fokus der Dortmunder Naziszene. Immer wieder kommt es in Dortmund zu Überfällen von Neonazis auf Demokraten. Gegen die Nazi-Terroristen demonstrierten 800 Protestierende am 20. August durch Dortmund.

Bundessprecher Ulrich Sander von der VVN-BdA erklärte: Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten fordert wie andere Antifaschisten und Antifaschistinnen erneut, dass die Polizei in der Stadt »zur konsequenten Durchsetzung des Rechtsstaats« gegenüber Nazi-Gewalttätern und -Organisationen eingesetzt wird, wirkungsvoll vorgeht und die Menschen vor den Totschlägern schützt. Die Justiz wird aufgefordert, über die Täter Strafen zu verhängen und nicht die Opfer zu belangen, wie nach dem rechten Rathausüberfall in der Kommunalwahlnacht geschehen. Die illegale Nachfolgeorganisation »Die Rechte«, die an die Stelle verbotener Neonaziorganisationen getreten ist, muss endlich aufgelöst werden.

Die VVN-BdA Dortmund erklärte:

Am Sonntag, dem 14. August 2016, lauerten drei Vermummte einem 24-jährigen Dortmunder Antifaschisten vor seiner Wohnung im Dortmunder Westen aus einem Auto heraus auf. Sie schlugen auf ihn ein, ein Angreifer zog ein Messer und stach zwei Mal zu. Dem Angegriffenen gelang es, trotz einer Stichverletzung im Bauchbereich zu flüchten. Nach der Erstversorgung der Wunden im Krankenhaus wurde Anzeige bei der Polizei in Dortmund erstattet. Der Angegriffene war am 1. August Opfer eines Angriffs von Dortmunder Nazis geworden und hatte dagegen Anzeige erstattet. Bereits 2000 wurden in Dortmund drei Polizisten von einem Nazi ermordet, 2005 der Punker Thomas Schulz, 2006 schließlich Mehmet Kubasic, vermutlich vom NSU. Beim jüngsten Angriff wurde der Tod des Opfers billigend in Kauf genommen.

Frohe Stunden für die Flüchtlingskinder

Bündnis gegen rechts lud ein

Auch viele Mitglieder der VVN-BdA beteiligen sich an der Solidarität mit den Flüchtlingen. Sie unterrichten sie, gehen mit ihnen zu den Ämtern, übernehmen die Kinderbetreuung, wie Inge Krämer aus Solingen, die als Leih-Oma syrische Mädchen zur Kita bringt und wieder abholt. Aus Dortmund erreichte uns dieser Beitrag über einen Ausflug:



Gäste aus Syrien beim UZ-Pressefeststand des Dortmunder Bündnisses gegen Rechts. Foto: Ula R.

»Hoch die internationale Solidarität!«, stand auf dem Banner des Bündnisses »Dortmund gegen Rechts«, daneben war eine Nelke der Arbeiterbewegung gemalt, die das Hakenkreuz sprengt. Die Antifa-Aktivisten und -Aktivistinnen des Bündnisses haben dies ein Stück weit umgesetzt, indem sie 100 Flüchtlinge zum Pressefest der UZ einluden. Die kinderreichen Familien, die in einem Dortmunder Flüchtlingsheim untergebracht sind, kamen aus Nord-Syrien und sind dem alles vernichtenden Krieg und blutigen Terror des IS wie des türkischen Militärs entkommen.

Versehen mit einem Pressefest-Button und einem kleinen Taschengeld, gab es kein Halten mehr: Allen voran die Kinder, schwärmte die Gruppe ins Pressefest-Gelände aus.

Ich denke, unser Bündnis hat da was Gutes und Richtiges gemacht, obwohl es für die Flüchtlinge nur ein paar Stunden in ihrem schweren Alltag waren, aber eben besondere Stunden. Alle sind wohlbehalten ins Heim zurückgekommen, und der Ausflug war für alle gut. ***Ula R.***